

Die Sowjetgranaten

Es gibt wohl kaum einen Menschen mit fünf gesunden Sinnen, der bei den erdrückenden Beweisen für den Granatenhandel Russlands mit dem Ausland noch Zweifel hegt. Gegen Dokumente und Aussagen der beteiligten Arbeiter kommt eben das energische Abstreifen der deutschen und russischen Kommunisten nicht auf. Man denke an die sensationellen Enthüllungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Künzler über die Giftgasfabrikation in Trozki in Russland, die sich auf Aussagen der Arbeiter stützen. Aber „Ableugnen, ableugnen!“ lautete der Befehl aus Moskau, der von den deutschen Nachbarn getreulich befolgt worden ist.

Da die Kommunisten in ihrem Ableugnungsfieber sogar die Kühnheit besaßen, in Berlin Protestversammlungen gegen den „Granatenschwindel der Sozialdemokratie“ einzuberufen und wiederum in Moskau zu stellen, daß Munitionstransporte aus Russland in Stettin eingetroffen sind, hat Franz Künzler an Ort und Stelle nachgefragt und sich von Hafenarbeitern die Wichtigkeit der Behauptung bestätigen lassen. Ein Funktionär der Stettiner Hafenarbeiter erzählte ihm u. a., daß zwei Schiffe mit Granaten ausgeladen worden sind, wobei die Arbeiter 40 Mark pro Tag verdient haben. Die Munition sei dann in Güternagen verladen worden, die aufsetzt nach dem Sennelager und anderen Orten hatten.

Somit der Betriebsrat. Ein am Ausladen beteiligter Arbeiter bestätigte und ergänzte dessen Ausführungen. Es seien vom Dampfer Artushof zwei Ladungen von je 250 Tonnen Granaten vom Kaliber 7,7 cm auf den Segler John Brinkmann umgeladen worden, der nach Kiel ging. In Stettin seien etwa 3000 Tonnen Granaten (etwa 350 000 Stück) ausgeladen worden. Das Ausladen besorgte die Firma Gauß u. Schmidt, die dabei ein Riesengeld verdiente. Die kommunistische Hafenzelle sei von der Sache informiert gewesen, denn der kommunistische Betriebsrat Lübke hätte vor dem Dampfer gestanden; schließlich wurde allgemein am Hafen davon gesprochen.

Ferner sagte der Hafenarbeiter, daß er die Tatsache, daß das Granatenschiff direkt aus Leningrad gekommen ist, von den Seeleuten selbst erfahren hat, kein Wunder, da er wochenlang mit ihnen auf dem Schiffe hantieren und sogar schlafen mußte.

Und die Kommunistenführer? Sie beharren trotzdem im Ableugnen. Widerwillig müßten sie ja zugeben, daß Sowjetrußland ein schändliches Doppelspiel treibt.

Die 50000-Dollar-Anweisung

In der Mittwoch-Morgenausgabe veröffentlicht der „Vorwärts“ das Fassisile einer Anweisung des „Wirtschaftskontors“ an die Darmstädter und Nationalbank, 50 000 Dollar telegraphisch nach Neupost für die russische Staatsbank zu überweisen. „Wirtschaftskontor G. m. b. H.“ ist der im Herbst 1926 abgeordnete Name der „Gesellschaft für Förderung gewerblicher Unternehmungen“, abgekürzt „Gesfu“ mit dem Sitz in Berlin und einer Filiale in Moskau.

Es handelt sich bei dieser „Gesfu“ bzw. dem „Wirtschaftskontor“ um eine Abzweigung des Reichswehrministeriums für Waffen- und Munitionsbeschaffung. Sie besaß bis vor ganz kurzer Zeit ein Konto bei einer Depositenkasse der Darmstädter und Nationalbank in Berlin, das inzwischen zur Preussischen Staatsbank verlegt wurde. Verfügungsberechtigt über dieses Konto waren Esler Buchholz, Leiter der Waffen- und Munitionsabteilung des Reichswehrministeriums, und Major Spangenberg von der gleichen Abteilung.

Das nunmehr veröffentlichte Fassisile dürfte auch bei jenen kommunistischen Arbeitern, die bisher an die Abrechnungen der Kommunisten geglaubt haben, seinen Eindruck nicht verfehlen.

Heraus mit der Sprache!

Am Mittwoch vormittag tritt der Auswärtige Ausschuh zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung der deutsch-litauische Handelsvertrag und als zweiter Punkt die deutsch-russischen Beziehungen stehen.

Zur Vorbereitung der Behandlung dieses zweiten Gegenstandes hatte Reichskanzler Marx im Laufe des Dienstagnachmittags mehrere Besprechungen mit Parteiführern. Er empfing zunächst die Sozialdemokraten, dann in gemeinsamer Besprechung die Führer der Regierungsparteien und im Anschluß daran die Demokraten. Da es sich um eine wichtige Angelegenheit handelt, dürfte in der Mittwochssitzung des Auswärtigen Ausschusses Staatssekretär von Schubert nicht allein in Vertretung des gegenwärtig im Ausland weilenden Reichsaußenministers zugegen sein, man erwartet vielmehr, daß auch Reichswehrminister Gehler an der Sitzung teilnehmen wird.

Es ist bezeichnend, daß am Dienstag mittag von offizieller Seite Verhandlungen mit den Parteiführern über Heilandfragen angekündigt wurden, obwohl man von vornherein Besprechungen über die deutsch-russischen Beziehungen ins Auge gefaßt hatte.

Das läßt erkennen, welche Einstellung die Regierung auch in Zukunft zu den Enthüllungen über die russische Politik in der Theorie und Praxis einzunehmen gedenkt. Es muß deshalb verlangt werden, daß die amtlichen Stellen mindestens dem Auswärtigen Ausschuh endlich über ihre Beziehungen zu Sowjetrußland bis in die jüngste Vergangenheit hinein klaren Wein einschenken. Die bisherige Zurückhaltung ist keineswegs länger zu ertragen; sie läßt sich auch nicht mit der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Sowjetrußland entschuldigen.

Englische Note an Sowjetrußland

In unterrichteten Kreisen verlautet schon seit mehreren Tagen, daß die englische Regierung eine Note an Moskau vorbereitet, in der gegen die Fortdauer der bolschewistischen Propaganda in England protestiert werden soll.

Diese Note ist nunmehr, wie uns aus London berichtet wird, fertiggestellt worden. Sie soll erstens eine in härteste Worte gekleidete allgemeine Beschwerde über den Bruch der Propagandaklausel des Handelsabkommens mit Rußland, und zweitens die Mitteilung enthalten, daß die britische Regierung im Falle der Fortdauer dieser Vertragsverletzungen die diplomatischen Beziehungen abbrechen und das bestehende Handelsabkommen als beendet betrachten werde. Eine Meldung vom Mittwoch besagt:

London, 23. Februar. Die englische Note an Sowjetrußland soll nach den übereinstimmenden Meldungen der Morgenblätter weit schärfer gehalten sein, als bisher angenommen wurde, und den Charakter eines Ultimatum tragen.

Preussischer Landtag

Der Preussische Landtag nahm am Dienstag zunächst die vorläufige Regelung der Gewerbesteuer für die nächsten beiden Jahre in dritter Lesung endgültig an. Es handelt sich auch hier wieder um ein Provisorium; die letzte Entscheidung kann erst nach dem Finanzausgleich getroffen werden. Das Wort erhielt zunächst

Abg. Reinert (Soz.):

Die hier vorliegende Herabsetzung der Gewerbesteuer ausschließlich zugunsten der Gewerbetreibenden, ohne jede Rücksicht auf die Gemeinden, ist der Schlüsselstein der Reichshölischen Steuerreformpolitik. Zu dem angestrebten Erfolg der Preisfestsetzung hat dieser Steuerentwurf nicht geführt, er stellt vielmehr lediglich ein erhebliches

Steuergeschehen an die bestehende Klasse dar. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Für die niedrigsten Stufen der Gewerbesteuer bringt diese Vorlage soziale Erleichterungen, die wir billigen. Den Ausschlag, der dadurch für die Gemeinden entsteht, durch Erhöhung der Steuerhöhe für die höchsten Stufen auszugleichen, haben Regierung und Mehrheit des Hauses abgelehnt. Die Autonomie der Gemeinden auf dem Gebiet der Gewerbesteuerung ist fast restlos aufgehoben. Die Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, ihre Gewerbebesteuerung der besonderen wirtschaftlichen Struktur und den Bedürfnissen der Gemeinde anzupassen. Worauf das praktisch hinausläuft, dafür ein Beispiel:

Das Feiner Walzwerk mit 2500 Arbeitern zahlt keinen Pfennig Gewerbesteuer, weil die Arbeiter-Hütte, mit der es vereinigt ist, dafür sorgt, daß das Walzwerk als solches keinen Ertrag hat. Die Arbeiter-Hütte wiederum zahlt nur eine ganz geringfügige Gewerbesteuer, weil das Brüden-Werk gar nicht viel Gewerbesteuer verwenden kann. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind für die Aufrechterhaltung oder besser: die Wiederherstellung der Gewerbesteuer als einer Objektsteuer, die den Gemeinden einen Teil der Aufwendungen ersetzt, die ihnen durch die gemeinlichen Unternehmungen entstehen. Genau so verhält, wie die Aushöhung der Gewerbesteuer, erscheint uns die Aufhebung der Getränkesteuer. Den Gemeinden werden Millionen entzogen, den Nutzen haben ein paar große Einzelknecht, und der großen Masse der Konsumenten kommt von der Steuerentlastung kein Pfennig zugute. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Durch den uns jetzt vorliegenden Entwurf wird der Ertrag der Gewerbesteuer für die Gemeinden um 50 bis 60 Millionen herabgesetzt. Der Finanzminister hat die höchst bedenkliche Rechnung aufgestellt, daß dieser Ausfall für die Gemeinden ersetzt werde durch Mehrüberweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Aber die Mehrbelastung durch diese Steuern müßte doch ausgleichend werden durch Steuerermäßigungen, die allen Steuerzahlern zugute kommen, nicht bloß den Gewerbetreibenden. Dafür kämen die Grundvermögenssteuer und die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität in Frage.

Dahon ganz abgesehen, ist die Reduzierung des Finanzministers dem Grunde nach falsch. Die gegenwärtigen

Einnahmen der Städte reichen nicht aus, ihren Finanzbedarf zu decken. Wir verwahren uns deshalb dagegen, daß der Finanzminister die Verantwortlichen anzuweisen will, eine Erhöhung der Zuschläge zur Gewerbesteuer zu verbieten. (Sehr gut! h. d. Soz.)

Wir werden für die Vorlage stimmen, weil wir den Kleinrentnerbetrieblern die darin enthaltenen Vergünstigungen nicht vorenthalten wollen. Grundhäßlich aber sehen wir diese Art Steuerpolitik, die der sogenannten Wirtschaft ein Steuergeschehen von 50 bis 60 Millionen Mark im Jahre macht und damit die Konsumenten einseitig zugunsten der Produzenten belastet, mit aller Entschiedenheit ab. (Bravo! h. d. Soz.)

Die Annahme der Vorlage erfolgte mit den Stimmen der Regierungsparteien, die Reichsparteien, die solange nach Ermäßigung der Gewerbesteuer geschrien haben, stimmten dagegen.

Dann setzte das Haus die zweite Lesung des Landwirtschafsausschusses fort, die vor allem eine längere Rede des Landwirtschaftsministers Dr. Seiger zu den Erdblungs- und Bekleidungsfragen brachte.

Am Mittwoch stehen die Abstimmungen über die kommunistischen Währungsentsätze gegen den Wohlfahrts- und Kultusminister auf der Tagesordnung.

Regierungsbildung in Thüringen

In der Dienstagssitzung des Thüringischen Landtags teilte der Präsident nach der Wahl der Ausschüsse mit, daß sich die Parteien im Alleinstimmigverständnis verständigt hätten, der Sozialdemokratie als der größten Fraktion die Führung bei der Regierungsbildung zu überlassen. Der Präsident hat darum im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Fraktion den früheren Ministerialdirektor Abgeordneten Brühl gebeten, mit den Fraktionen zu verhandeln.

In diesem Zusammenhang wurde die Feststellung bezeichnet werden, daß gegen den sozialdemokratischen Unterhändler vor wenigen Tagen noch von der bisherigen Regierung ein Disziplinarverfahren wegen angeblicher Verletzung seiner Amtspflichten als Beamter im Wahlkampf eröffnet worden ist. Sollten Brühls Bemühungen nicht zu einer Regierungsbildung führen, so wird der Präsident aus der zweitgrößten Fraktion, dem Landbund, den Unterhändler bestimmen. Falls auch dessen Verhandlungen nicht zum Ziele führen, wird der Präsident den Alleinstimmigverständnis zusammenberufen.

Der Landtag hat sich inzwischen wegen der Verhandlungen, die Brühl bereits am Dienstag aufgenommen hat, auf unbestimmte Zeit vertagt.

Notizen

Pensionsföhrungsgezet. Dem Reichstag ist am Dienstagabend das von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angeforderte Pensionsföhrungsgezet vorgegangen. Als Pensionshöchstbetrag fand in dem Entwurf 12 000 Mark jährlich festgesetzt.

Ein Führer der Deutschnationalen. Aus Lippstadt wird gemeldet, daß der dortige Führer der Deutschnationalen, der Kreisarzt und Medizinalrat Dr. Hagemeier, vom Disziplinarrhof zur Dienstentlassung ohne Ruhegehalt verurteilt worden ist. Der Verurteilte hat sich jahrelang in einer nicht wiederzugehenden Weise an weiblichen Patienten und den ihm untergebenen weiblichen Angestellten vergangen.

Kausgeschmissen. Der deutsche Reichsärznerungsminister Schiele hat dem Pressebezernten des Reichsärznerungsministeriums Dr. Richter, der Mitglied der Zentrumspartei ist, gekündigt, um u. a. auch an diese so freiberwerbende Stelle einen seiner Parteifreunde zu setzen. Die neue Ehe zwischen Zentrum und Junkern wirkt sich bereits schon aus.

Die Tanagerfrage. Die französische Antwort auf das spanische Memorandum in der Tanagerfrage wird in der Sitzung vom Donnerstag den spanischen Delegierten überreicht werden. Dem „Echo des Paris“ zufolge lehnt Frankreich darin die Argumente des spanischen Verlangens einer Einverleibung Tangers in die spanische Zone kategorisch ab. Nach dem Rücktritt des spanischen Außenministers Panguas glaubt man nicht, daß Spanien auf seinem Standpunkt beharren wird.

Nach nicht Zeit? Die Bestrebungen, als Vorsitzenden der Saarregerung auf der kommenden Tagung des Völkerrundrats eine deutsche Persönlichkeit durchzusetzen, werden nach übereinstimmenden Meldungen sowohl von der französischen wie von der englischen Regierung abgelehnt. Man hält in beiden Regierungen den Zeitpunkt zur Wahl eines deutschen Vorsitzenden noch nicht für gekommen.

Neuwahlen in Oesterreich. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat beschloßen, Neuwahlen des österreichischen Nationalrats für den 15. Mai zu fordern. Dieser Beschluß wird im Zusammenhang mit einer Erklärung des Bundeskanzlers dahin kommentiert, daß die Auflösung des Nationalrats noch im März erfolgt. In dieser Voraussicht haben auch die bürgerlichen Parteien bereits mit den Vorbereitungen zu den Wahlen begonnen.

Benizelos Rückkehr nach Griechenland? Nachrichten aus Athen zufolge hat sich Eleutherios Benizelos entschloßen, wieder nach Griechenland zurückzukehren. Er will sich als Privatmann da und in seiner ergeren Heimat, auf der Insel Kreta, niederlassen und der aktiven Politik entsagen. Ob dies bei den verworrenen innerpolitischen Verhältnissen in Griechenland auch wirklich möglich sein wird, ist wohl anzuzweifeln.

Depeschen

Vertrauliche Behandlung

Berlin, 23. Februar. Der Auswärtige Ausschuh des Reichstags trat heute vormittag unter Vorsitz des Abgeordneten Wallraj zur Besprechung der bereits gestern mitgeteilten Tagesordnung zusammen. In der Sitzung nahmen auch der Reichswehrminister und Staatssekretär von Schubert teil.

Bei der Beratung des Gegenwurfs über das Zusatzabkommen zu Artikel 29 des deutsch-litauischen Handelsvertrags vom 1. Juni 1923 gab Staatssekretär von Schubert einige Erklärungen. Sodann wurde der Gegenwurf ohne Widerspruch dem Handelspolitischen Ausschuh zur Weiterberatung überwiesen. Die Besprechung der deutsch-russischen Beziehungen war verknäpft. (Die deutschen Kommunisten werden erleichtert aufatmen. Red. V.)

Berlin, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses über die Frage der Beziehungen zwischen Reichswehr und Sowjetrußland wurden für streng vertraulich erklärt. Wie wir erfahren haben, die sozialdemokratischen Vertreter unwiderrückbare Weisungsmaterial für das Vorhandensein solcher Beziehungen und für die Lieferung von Granaten vorgelegt. Das heute früh im „Vorwärts“ veröffentlichte Dokument, das gleichfalls einen Beweis für die Beziehungen zwischen der Reichswehr und Sowjetrußland erbringt, hat auf alle politischen Kreise großen Eindruck gemacht.

Deutsche Gendarmen verhaftet

Berlin, 23. Februar. Die Verhaftung der Gendarmen in Widen und Steinfeld in der Pfalz, die gestern durch französisches Militär erfolgte, ist der V. S. zufolge auf folgende Vorgänge zurückzuführen, die sich am 15. Februar in Kayserwerth abspielten:

Eine Gruppe von 17 jungen Leuten, die sich für die französische Fremdenlegion verpflichtet hatten und unter Begleitung eines französischen Soldaten in Zivil nach Weidenburg fuhren, wurde von der deutschen Gendarmerie verhaftet und nach Karlsruhe gebracht, weil man unter diesen Leuten fieberhaft verfolgte Verbrecher vermutete. In Karlsruhe entdeckte man unter ihnen drei fieberhaft verfolgte Personen, darunter einen Schwerverbrecher. Der französische Soldat weigerte sich, der deutschen Gendarmerie seinen Personalausweis zu zeigen, worauf diese ihn in Kayserwerth aus dem Zuge setzte.

Die Verhaftung der deutschen Gendarmenverbände in Widen und Steinfeld erfolgte jedenfalls auf die Anzeige dieses Soldaten hin.

Faschistische Nordkreuze

Paris, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Heute nacht wurde der italienische Flüchtling Monti, ein bekannter Antifaschist, von mehreren Unbekannten an den Pariser alten Festungsmauern überfallen und durch sieben Revolverkugeln in den Rücken getötet.

Man vermutet, daß Monti einem politischen Morde zum Opfer gefallen ist. Bereits früher, als er in der Schweiz und in Belgien Zuflucht suchte, aber aus diesen Ländern ausgewiesen wurde, war er ständig von faschistischen Agenten verfolgt und bedroht worden.

Einrichtung eines Generals

Berlin, 23. Februar. „Daily Mail“ meldet aus Chardin: Der chinesische Vizepräsident der chinesischen Ostbahn, General Yang Tschu, wurde unter der Aufsicht, Gelb von Moskau empfangen und eine Revolution in Chardin geplant zu haben, von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen.

Wahlterror in Chicago

Berlin, 23. Februar. Aus Chicago wird berichtet, daß es dort gestern bei dem ersten Wahlgang der Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen zu zahlreichen Gewalttätigkeiten kam, obwohl 3000 Polizisten und Detektive die Wahllokale bewachten und in Automobilen mit Gewehren und Maschinen- und Gewehren durch die Straßen fuhren. Ein republikanischer Wahlrichter und zwei Kontrolleure wurden von sieben bewaffneten Männern entführt. Außerdem haben sich vier ähnliche Fälle ereignet. Drei Männer wurden durch Schüsse verletzt. Im Hauptquartier eines polnischen Kandidaten für einen Gemeinderatsposten, wohin ein Wahlkontrolleur entführt worden war, verhaftete die Polizei 30 Männer und beschlagnahmte sechs Revolver und ein Maschinengewehr. — (Ob die Polen tatsächlich einen Kontrollleur entführten? Die Wahlmethoden der hundertprozentigen Amerikaner lassen eher vermuten, daß die Polen und nicht der Kontrollleur terrorisiert wurden. Red. V.)

Im Kalkofen verbrannt

Heidenheim, 23. Februar. Gestern wurde im Kalkofen des heiligen Kalkwerkes ein verrosteter Leichnam aufgefunden. Vermutlich hat der Verunglückte sich in den Ofen gelegt, um von den ausströmenden Gasen getötet und in selbsterlöschend verbrannt zu werden.

Billige

Waren

Besonders preiswerte Angebote

Seiden-Gesamtschleier 20,-

Seiden-Gesamtschleier 23,-

Seiden-Gesamtschleier 25,-

Seiden-Gesamtschleier 50,-

Seiden-Gesamtschleier 30,-

Wachstuch-Netze für Tisch u. Stühle, zur Hälfte des regulären Preises.

Stopfweiss	4	7	Baumwollband	weiß und schwarz	7
Knopflochseide	9	9	Weißes Halbleinenband	13 12 11 8	7
Nähseide "Ideal"	25	5	Weißes Zugband	Stück 5 4	3
Nähseide schwarz	85	5	Blauen-Gummiband	Stück 13 19 10	7
Seitgarn	10	10	Wäscheband	moderne Farben, Goldseide	10
Obergarn	12	12	Nähband	schwarz und weiß	13
Obergarn	45	10	Schürzenband	einfarbig u. gestreift	13
Leinen-Roul.-Schaur	10	35	Zohrgummiband	Meter	30
Armbänder	35	5	Knopfentel	mit Zelluloidspitze	10
Schwarze Zrefse	10	10	Knopfentel	außerst haltbar	100 100 100
Farbige Zrefse	10	10			
Seidene Franje	1.50				
Gürtelschnall. u. Agraffen					
Kunstseide	4				
DMG-Garn	25				
Perlgarn	10				
Seidentwist	10				

Mod. farbige Kleiderbesätze
Perl- und Glitzerbesätze
in großer Auswahl

H. LUBLIN

Wir empfehlen
zum Todestage
Friedrich Eberts
den großen
Ebert-Roman
von dem berühmten Schriftsteller
Emil Feiler

Eines Menschen Weg
schildert ausführlich das Leben und den Aufstieg
des ersten Reichspräsidenten
Friedrich Ebert

Dem denkenden Proletarier sollte jedem überzeugten Republikaner hat der große Sohn seines Volkes auch heute noch vieles zu sagen. Darum lies das Buch. Das Buch umfasst 66 Seiten Text, ist auf dem Klappdeckel mit einem Bildnis versehen und kostet in Leinen gebunden 1.00 Mark. unsere ungekürzte Ausgabe nur 0.75 Mark für Mitglieder der Partei und Gewerkschaften.

Verkaufsstelle: Volkshaus Magdeburg

MILD AROMATISCH

REEMTSMA CIGARETTEN
GIDON
4 PFENNIG

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Mühlh.
Todesfälle. 19. Februar. Beim Schuhmachermeister Friederich Hilde geb. Wrietz, 81 J., 22. Februar. Beim Konrektor Anna Gatz geb. Müller, 88 J. Kaufmann Paul Wrietz, 68 J. Kaufmann Franz Wrietz, 73 J. Lebige Agnes Wrietz, 71 J. Kaufmann und Stadtrat a. D. Paul Wrietz, 73 J. Dr. v. Zimmermann Johannes Kaufmann geb. Wrietz, 78 J. Oberingenieur Richard Steber, 65 J. Schuhmacher Gustav Borgmeyer, 57 J. Buchhändlerin Frieda Wrietz, 55 J. Arbeiterin Christiana Wrietz, 63 J. Drechselin Frieda Wrietz, 64 J. Hans Wrietz, 6. des Oberrechners Walter Krug, 7 J.

Magdeburg-Buckau.
Todesfälle. 20. Februar. Director Emil Wrietz, 64 J. Christiane geb. Krone, Ehefrau des Arbeiters Paul Wrietz, 65 J. 21. Februar. Emilie geb. Wrietz, 67 J. des Arbeiters Paul Wrietz, 67 J.

Magdeburg-Diesdorf.
Todesfall. 21. Februar. Anna geb. Schmidt, Ehefrau d. s. Schuhmachermeisters Franz Wrietz, 71 J.

Magdeburg-Sudenburg.
Todesfälle. 21. Februar. Schloßer-Juvalde Ernst Wrietz, 70 J. Kaufmann Paul Wrietz in Siedel, 27 J. Ehefrau des Schuhmachers Max Wrietz, Karoline geb. Wrietz, 52 J.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer teuren Entschlafenen, sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten sowie den Bewohnern des Hauses Brauerstraße 2, dem Personal der Firma H. Wolf & Co. Abtheilung J. G. H., der Geschäftsstelle der H. Wolf'schen Werke, dem Sozialvereine für die innige Teilnahme unsern herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Pastor Jäger für die kostbaren Worte in der Kapelle und am Grabe.

Witwe Ida Hinz und Kinder.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.
Am 10. d. M. starb unser Mitglied, der Reichsmitgl.
Friedrich Wrietz
an Herzbruch, 66 Jahre alt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag den 24. Februar, nachmittags 5 Uhr, von der Seele des Verstorbenen aus statt.
Die Verwaltung.

Dienstag früh 11 Uhr verstarb an Herzschlag unsere liebe unvergessliche Mutter, Witwe
Friederike Rehländer
geb. Dübner
im 64. Lebensjahr.
Groß-Ditzer-Str. 30.
Friedrich-Ebert-Str. 90.
In tiefer Trauer
Otto Lange und Frau.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachm. 8 Uhr, von der Kapelle aus statt.

Am Dienstag mittag um 12 Uhr verstarb nach langem, mit äußerster Geduld ertragenem Leiden unser lieber Sohn und Bruder
Heinz Gödecke
im 10. Lebensjahr.
Magdeburg, Al-Sermersleben 60
In tiefer Trauer
Walter Gödecke
nebst Frau und Geschwistern.
Die Beerdigung findet am Sonntag den 27. d. M., vorm. 10 Uhr, auf dem Friedhof in Suden, statt.

Brikett-Zentrale
G. m. b. H.
Hauptkontor: Staatsbingerplatz 4
Fernsprecher-Nr. 6470/71
Kohlen-Grubhandlung und Platz-Geschäft für alle Heizstoffe.
Spezialität:
Waldstedter Briketts
Langenbraun-Anthrazit
Westfälischer Brechkoks
Großes Lager
Kastenvertrieb
Nur erstklassige Qualitäten!

Wachung, ach! **Wachung, ach!**
Das National-Schul-Büchlein
einmal geschändete Gegenstände jeder Art per
Zurückgabe kostenlos an
Entwicklungs-fachmännliche Besichtigung
Zurückgabe gesichert von 8 bis 7 Uhr

Segen! Kurumb Blut
Segrega-Pillen
HOF-APOTHEKE
Zeilweg 103

Von der Heilung zurück!
Dr. Manfred Goldstein
Facharzt für Nervenkranke
Ecke von Grosse-Str. Nr. 103
mitten links und G. F. F. F.

„Lest die Frauenwelt“!

Nachruf.
Am 22. Februar 1927 verstarb das frühere Magdeburger-Mitglied, der Kaufmann und Stadtrat a. D.
Herr Paul Otto Gerite
im Alter von 73 Jahren.
Herr Stadtrat Gerite wurde, nachdem er seit dem 7. Januar 1914 bis 7. März 1919 im Dienste der Stadt als Stadtrat tätig war, am 27. März 1919 zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Darnach Krankheitsurlaub bis zum 2. März 1927 von dem ihm übertragenen Ehrenamt zurückzutreten. Während seiner Tätigkeit sowohl als Stadtrat als auch als Stadtrat hat er sich für das Wohl seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger sehr eifrig eingesetzt. Seine Tatkraft und seine ganze Kraft hat er für das Wohl seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger eingesetzt. Seine Tatkraft und seine ganze Kraft hat er für das Wohl seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger eingesetzt.

Magdeburg, den 23. Februar 1927.
Der Magistrat, die Stadtverordneten-Versammlung

Magdeburger Angelegenheiten

Die Neuaufstellung des Hasselbachbrunnens

Es war bereits bei der Beschlußfassung über die Entfernung des Hasselbachbrunnens vom Hasselbachplatz grundsätzlich die Neuaufstellung des Brunnens am Kaiser-Otto-Ring gegenüber der Reformierten Kirche beschlossen. Der Magistrat legt nunmehr den Plan vor, nach dem diese Aufstellung erfolgen soll.

Danach soll der Brunnen in dem vorderen Teile des am Kaiser-Otto-Ring angelegten Kinderspielplatzes nach der Lüneburger Straße zu so aufgestellt werden, daß er als Gegenstück zu den reformierten Kirchen die Abstände zwischen Kaiser-Otto-Ring und Lüneburger Straße in erhöhter Weise betont. Daraus wird sich umgekehrt für das Denkmal selbst ebenfalls eine gute architektonische Wirkung ergeben. Dabei ist dem Wünsche Rechnung getragen, den neuen Aufstellungsort nicht abseits vom Verkehrsstrom zu wählen, sondern dem Denkmal eine sichtbare Bedeutung im Straßenbild zu erhalten.

Um dem Denkmal die volle Wirkung zu sichern, ist aber eine Umgestaltung der gesamten Plakanzlage unerlässlich. Der Gesamtplan weist erhebliche Höhenunterschiede auf, die heute durch allmähliche Nebergänge ausgeglichen sind. Um dem Denkmal einen architektonischen Rahmen zu geben, muß der vordere Teil des Platzes auf eine Höhe gebracht werden, die gegenüber der Bürgersteighöhe an der Lüneburger Straße etwas erhöht ist. Gegen den hier liegenden Teil des Kinderspielplatzes, der als solcher erhalten werden soll, ist eine Futtermauer als Abstützung vorgesehen. Ebenso wird die gegenüberliegende Platzseite in der Höhenlage ausgeglichen und gegen den Spielplatz mit einer Futtermauer abgegrenzt.

Der Spielplatz selbst wird in sich planiert und durch Böschungen gegen die Vitragesteige des Kaiser-Otto-Rings abgegrenzt. Der Platz um das Denkmal soll mit Granitplatten, der Nebergang zum Bürgersteig mit Pflastersteinen besetzt werden. Auch die heutige Pflanzung des Platzes bedarf einer Anpassung an die neue Gestaltung und der Beseitigung einer Reihe wertvoller Bäume. Soweit die Bäume gut sind, sollen sie erhalten bleiben. Eine Neupflanzung regelmäßig geschnittener Bäume wird zu beiden Seiten des Denkmals notwendig. Im übrigen werden an gärtnerischen Anlagen notwendig: die Anlage von Rasenflächen und die räumliche Begrenzung der Plakanzlage durch einseitliche Hecken. An geeigneten Stellen der gesamten Anlage sollen Ruhebänke aufgestellt werden.

Um den wirksamen Eindruck der Gesamtanlage gerade an der verkehrreichen Lüneburger Straße nicht zu gefährden, müssen die dort heute befindlichen Verkehrsunfällen und eine Seitenwasserbrücke beseitigt und durch neue Anlagen ersetzt werden, die sich ohne Störung in den Plan einfügen. Ein Wiederaufbau der Bedürfnisanstalten an anderer Stelle kommt wegen der Vollständigkeit der vorhandenen Anlagen nicht in Frage. Soweit als möglich, sollen die Arbeiten in die jetzt erfolgende Armierung von Hochhausarbeiten übernommen und als solche ausgeführt werden. Die Stadtverordneten werden am Donnerstag über den neuen Standort des Hasselbachbrunnens beschließen. Die Kosten der Neuaufstellung und der gärtnerischen Umgestaltung der Anlagen am Kaiser-Otto-Ring betragen sich auf 30.000 Mark. Man sieht, die neue Verkehrsregulierung kostet die Stadt eine Menge Geld.

Wir sind die Kraft

Werbewoche des Reichsbanners! Jeden Abend hört man Magdeburg die Soldaten der Republik marschieren und sieht im Nachhinein die schwarzrotgoldenen Fahnen, denen nach Sündenburg nun auch die Deutschnationalen Ehrenerbietung und Sühne gelobt. Die Reichsbannerkameraden wollen jetzt den letzten Republikaner in ihre Reihen eingliedern, weil sie nur zu gut wissen, daß jene Eide keine Eide des Bergens gewesen sind. Wird man sie auch nicht brechen, so wird man doch auch gewiß nicht tun, etwa die Macht der Republik zu befestigen. Sühne und weiterer Ausbau der Republik werden nach wie vor die Aufgabe des Reichsbanners und der republikanischen Parteien, vor allem der Sozialdemokratie sein.

Am Dienstag marschieren die Bezirks-Altstadter, die Neustädter und keine Neustädter der republikanischen Frontkämpferorganisation in Werbewoche mit lobenden Reden durch die Straßen. Vor den Kameraden der Neuen Neustadt sprach nachher der Landtagsabgeordnete Genosse Brandenburg, vor den Kameraden der Alten Neustadt aber in der National-Altstadter Senatspräsident Dr. Großmann aus Berlin. Am Abend vorher hatte der Deutschnationalen verbundene Minister Graef hier gesprochen und hinter schwarzrotgoldener dekorierter Brust den Eid seiner Treue auf Schwarzrotgold als eine Angelegenheit gewürdigt, die an der Heberzeugung der Deutschnationalen nichts ändert, daß die Monarchie das zu erstrebende Ziel sei. Nachdem die Kapelle einen Marsch gespielt und der Bezirksführer des Reichsbanners, Kamerad Winter, die den Saal und

die Gallerien füllende Menge der erschienenen Kameraden begrüßt hatte, begann Senatspräsident Dr. Großmann seine Rede mit einer Kritik der Handlungsweise des Reichspräsidenten bei der Regierungsbildung, die aus dem Munde dieses Juristen besonders bedeutungsvoll ist. Es ist nach der Verfassung, so führte er aus, nicht Sache des Reichspräsidenten, dem Ministerpräsidenten vorzuschreiben, welche Männer er wählen darf. Des Redners persönliche Meinung ist, daß Marx hätte ablehnen sollen, aber Marx hat im Einverständnis mit seiner Fraktion anders gehandelt.

Das Reichsbanner hat nun den republikanischen Parteien keine Vorschriften zu machen, was sie als politisch notwendig ansehen dürfen. Eine Forderung aber müssen die Reichsbannerleute mit allem Nachdruck erheben, die Forderung: Gafet zur Republik und zu Schwarzrotgold! Der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung konnte denn auch nicht geschehen, ohne eine vollkommene deutschnationale Blamage. Der Redner gibt nun einen Überblick über das, was den gläubigen deutschnationalen Wählern in den letzten Jahren alles zu schiefen befohlen worden ist, wobei er auch die Haltung der deutschnationalen Partei in der Aufwertungsfrage schildert. Das Zentrum, so fährt er fort, wird fast genug sein, die Interessen der Republikaner auch in der Koalition mit Monarchisten zu wahren, aber nur, weil ein Reichsbanner da ist, wachsam und kampfbereit.

Die Verdienste Seewings um die Stärkung der republikanischen Macht durch Bildung einer zuverlässigen Schutzpolizei

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Reform-Hopfgarten. Heute Mittwoch abend 8 Uhr Frauenabend im Geschäftszimmer.

erhielt nun der Redner, um dann der Erwartung Ausdruck zu geben, daß die Deutschnationalen in der Regierung abwickeln werden. Danach ruft er den Kameraden die Vergangenheit, die Werke an Matheman und den andern Führern und die Gründung, das gewaltige Anwachsen und die Erfolge des Reichsbanners ins Gedächtnis. Neben seine Nachfolger, die ungerechte Urteile über Republikaner gefällt haben, jagte Senatspräsident Dr. Großmann: Sie wollen nicht unrecht tun, aber sie glauben nur den Stahlhelmern, weil sie aufgewachsen sind, wo man keine Ahnung davon hat, wie das Volk empfindet.

Am interessantesten wohl war, wie der Redner den Standpunkt seiner Kreise anschaulich schilderte. Nachdem er noch gefordert, daß das Lied der Republikaner von der schwarzrotgoldenen Fahne in die Schulbücher gesetzt werde, und meinte betont hatte, daß man ein ganzes Volk nicht für immer in Sklaverei bringen und in Dummheit erhalten kann, stellte er dem Standpunkt der Hochmuthgebornen die Kameradenschaftlichkeit der Reichsbannerkameraden gegenüber. Dieser Geist wird nicht nur erfüllt, Recht und Freiheit erobert.

Beifall durchbrang den Saal, bis die Kapelle wieder ein Marschlied erklingen ließ. Danach wies das Mitglied des Bundesvorstandes, der Kamerad Franz Lange, noch auf die Erziehungsansgaben des Reichsbanners hin. Auch ihm dankte lebhafter Beifall. Die Kapelle sorgte für einen würdigen Ausklang des heftigsten recht erfolgreichen Werbendebats.

Vorbeugen ist best!

Vor den Helferinnen der Arbeiterwohlfahrt sprach am Dienstag abend der Stadtmagazinrat Dr. Konitzer über das städtische Gesundheitswesen. Ingeordnete Sozialisten ruhen auf den Schultern der deutschen Völker. In Krankentrückhaltung werden jährlich 1 Milliarde und für Invalidenrente täglich 1 Million Mark ausgezahlt. Und dabei sind alle Sozialunterstützungen noch sehr gering. Bedenkt man ferner, daß der größte Teil der Invaliden vorzeitig arbeitsunfähig geworden ist, so wird damit die Notwendigkeit bewiesen, alles daranzusetzen, die menschliche Gesundheit soviel wie möglich zu erhalten.

Von den Kommunen werden jährlich große Summen für Krankenhäuser und Fürsorgeheimen ausgegeben. Die Ausgaben lassen sich mindern, wenn gute Wohnungen in härteren Lage wie bisher geschaffen werden. Enorme volkswirtschaftliche Werte lassen sich so erhalten. Es ist festzustellen, daß der Produktionsausfall durch Kranke in Magdeburg jährlich 50 Millionen Mark beträgt. Besonders wichtig ist die Säuglingsfürsorge. Besonders ist das in unserer Klimastadt eine Notwendigkeit. In Magdeburg liegt die Säuglingssterblichkeit mit 11 Prozent über dem Durchschnitt der 16 deutschen Großstädte. Man könnte sich auf dem Standpunkt stellen, daß die Säuglingssterblichkeit einen Unselbstcharakter habe. Das trifft aber nicht zu. Die Säuglingssterblichkeit in einer Stadt ist der Gradmesser für die Fürsorge und den Gesundheitszustand der Heberlebenden. Am deutlichsten ist das bei der englischen Krankheit (Machius) feststellbar.

Wie wichtig eine systematische vorbeugende Gesundheitspflege ist, beweist die Tuberkulose. Auch hier steht Magdeburg mit 60 Sterbefällen im Jahre über dem Durchschnitt. Durch diese 60 Tote sind 2 bis 3000 Menschen tuberkulös angesteckt. Viel Unheil könnte vermieden werden, wenn alle Tuberkulösen in der städtischen Tuberkulosefürsorge erfasst werden könnten; bisher sind es nur 50 Prozent. Sehr günstig wirkt sich eine Erziehung durch Fürsorgestellen bei den Geschlechtskrankheiten aus. In Berlin erkranken jährlich 12 Millionen Menschen aufs neue an einer Geschlechtskrankheit. Jeder dritte Einwohner ist dort syphilitisch angesteckt. Die deutsche Wirtschaft hat durch Geschlechtskrankheiten im Jahre eine Mindereinnahme von 90 Millionen Mark.

An Beispielen aus Belgien, England und Rußland zeigt der Redner, wie man durch Körperpflege und ärztliche Untersuchungen den Gesundheitszustand der Bevölkerung sehr erheblich gesteigert hat.

Das städtische Gesundheitsamt in Magdeburg gliedert sich in vier Abteilungen. Die Suchenbekämpfung hat über die Trinkwasserreinigung zu wachen; sie hat bei eintreffenden anfallenden Krankheiten Schutzmaßnahmen zu treffen. Zu ihren Aufgaben gehört ferner die Ingezieferbekämpfung.

In der Gesundheitsfürsorge ist ein Handhabungsarbeiten mit dem Wohlfahrtsamt notwendig. In nächster Zeit soll im Matheus Alstadt eine gemeindehygienische Beratungsstelle eingerichtet werden. Als Unterabteilung der Hautklinik im Alstädter Krankenhaus soll eine Stelle für Geschlechtskrankheiten errichtet werden.

Die Krankenhäuser unterstehen dem städtischen Gesundheitsamt.

Eine sehr wichtige Aufgabe ist die gesundheitliche Volksbelehrung. Sie beruht nicht nur wenig Kosten, bringt aber große Erfolge. Hierhin gehört auch die Aufgabe, der trostlosen Wohnungsnot die Spitze abgebrochen durch Schaffung von Grünanlagen mitten in der Stadt.

Die Vorsitzende, Genossin Hartmann, unterrichtet durch einige Beispiele aus der Praxis die Notwendigkeit einer vorbeugenden Gesundheitspflege. Leider war der Vortrag nicht so bewirkt, wie es im Hinblick auf die interessanten Ausführungen notwendig gewesen wäre.

Reichsbanner-Werbewoche am Donnerstag

Abteilung Friedrichstadt-Berder: Donnerstag Jadedag, Antreten 8 Uhr am „Adler“.

Abteilung, Alie Neustadt: Donnerstag von 7 1/2 bis 8 Uhr Platzmarkt Ecke Sagenstraße.

Die Arbeiterfreiheit bleibt bestehen

Am 18. und 19. Februar hatte der Preussische Landtag die Abstimmung über verschiedene Anträge vorzunehmen, die eine Aufhebung der bekannten Verordnung des Reichswirtschaftsministers Krieger über die Aufhebung der Zwangsarbeit für gewerbliche Räume forderten. Die Aufhebung wurde abgelehnt. Beschlossen wurde jedoch die Hinausschiebung der Wirksamkeit der Verordnung.

Der Minister hatte zwar erklärt, parlamentarischen Brauch einsehend, sich einem Beschluß des Landtags, der die Aufhebung der Verordnung verlangte, zu fügen. Eine Abänderung der Verordnung, insbesondere die Hinausschiebung des Termins für die Wirksamkeit der Kündigung, hatte der Minister jedoch von vornherein als sachlich und rechtlich undurchführbar bezeichnet.

Die von den Sozialdemokraten gestellten Anträge zur Aufhebung der Verordnung wurden von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt, von jenen Parteien aber, die immer als die alleinigen Vertreter des gewerblichen Mittelstandes ausgehen. Selbst die Wirtschaftspartei, die Partei der Handwerksmeister und Gewerbetreibenden, stimmte für die Beibehaltung der Arbeiterfreiheit für gewerbliche Räume.

Die Beschlüsse über eine Hinausschiebung der Wirksamkeit der Krieger-Verordnung, die mit den Stimmen einzelner bürgerlicher Parteien gefaßt wurden, sind vollkommen unvorstellbar, da sie der Wohlfahrtsminister nicht ausgeführt werden. Dem „Antlischen Preussischen Preßedienst“ läßt er dazu folgende Veröffentlichung zugehen:

Der Beschluß des Landtags, den Termin für die Wirksamkeit der Kündigungen vom 31. März auf den 30. September 1927 hinauszuschieben, ist nach Ansicht aller geachteten sachverständigen Stellen undurchführbar. Die durch eine Verschiebung entstehende Rechtsunsicherheit würde nicht nur eine untragbare Belastung für die Gerichte, sondern auch einen Schaden für das Geschäfts- und Wirtschaftsleben bedeuten, der unverhältnismäßig viel größer wäre als der mögliche Nutzen.

Magdeburg im Urteil der Reichshauptstadt

Wir berichten vor einiger Zeit, daß auf Einladung der Mitteldeutschen Ausstellungsgesellschaft Berliner Pressevertreter unserer Stadt einen Besuch abgestattet haben. Man wollte sie mit den Plänen für die Deutsche Theaterausstellung bekannt machen, führte sie in Regen und Sonne über die Gänge des Ausstellungsgeländes und zeigte ihnen auch einiges von Magdeburg. Man darf nun einigermaßen gewarnt sein, was die sehr strengen und ein handhablichen Maßstab gewöhnlichen Berliner Journalisten für uns als „langweilig“ und „reizlos“ verurteilten Eindrücke zu sagen haben.

Neber die kommende Ausstellung wurden so nur Gespräche gemacht, konnten auch nur gemacht werden. Aber die Stadt ist da. Sie präsentiert sich, so wie sie alle Tage ist, ohne daß schöne Reden ihr einen befriedigenden Reiz verleihen könnten. Lassen wir die Berliner sprechen.

Im „Zerwärtis“

schreibt Trude C. Schulz weniger über die Stadt, als über die Ausstellung:

Die Deutsche Theaterausstellung Magdeburg, hübsch überflüssig aufgebaut, ist vorläufig noch mit wenigen Schriften zu unerschöpfen — denn sie steht als Modell im Rathausaal der Stadt Magdeburg. In grünem Marmor, von Rosenblenden — dem Adolf-Mittag-See und der Elbe — begrenzt, ist die Roten-Horn-Festung dargestellt, und für und fertig erheben sich darauf alle Gebäude, die einmal die äußere Schale der Theaterausstellung abgeben sollen. In der Weltstadt ist freilich noch nicht allzu viel davon vorhanden, d. h. das Gelände ist da, die Anlagen auf der Roten-Horn-Festung. Der Sommer über sehr schön, mehrmals täglich besichtigt man von den Schönen davon heimbringt, bestätigt fast vorgelegene Schlußwörter: Magdeburg steht auf ausgezeichnet fruchtbarem Lehmboden. In diesem Lehmboden wird geglaubt, fundamementiert (stellenweise ist man sogar schon weiter), um der Theaterausstellung Haus und Hof zu schaffen.

Die Roten-Horn-Festung ist ein ideales Ansehungs-gelände, geräumig, frei gelegen und das unerschöpflich an der Stadt, die ihre Baumverbindungsstraße mit der Welt in der Ebertbrücke hat. Die ferne Ausstellung wird sich als wunderbar sicher ebenso nett und freundlich präsentieren wie der Modell im Magdeburger Rathausaal.

Richard Wilde schreibt im

„Abendblatt“:

Die Aufstellung wird sich auf der von zwei Schwärmen umspülten Roten-Horn-Festung am Adolf-Mittag-See und dem angrenzenden Stadtpark entlang ziehen. Den Zugang öffnet ein

der impanonischen Brudergänge Deutschlands, die Ebertbrücke, die erst die neig eingestimmte Ebertbrücke, dann die Elbe übersteigt. Die Magdeburger Theaterausstellung, die umfangreichste wohl, die je zusammengebracht wurde, ist heute noch ein absoluter Durchbruch, aus dem die paar fertigen alten Bauten und die gewaltigen Ebertbrücke der Stadthalle herausragen. Aber diese Verzüge können ihre frügemähe Eröffnung, und sie wird dann Zeugnis ablegen von dem emigen Streben und dem Idealsinn der Magdeburger Stadtbewohner.

„Berliner Tageblatt“:

Reis Engel schreibt dort: Durch Sommerregen und Regenwolken wandeln wir durch ein noch heimliches Bild Land, das sich nach Kies und Weige leicht und boretz wiederdröhrt von schwerem und schwerstem Baumwerkzeug. Selbst im einbildenden Dunste dieses Halbwinter-tages konnte ich schon eine Landschaft, die in ungewöhnlichem Maße die Reize der Ebene zeigt. Immerhin von zwei Strömen der Elbe, eingefriedet von einem weiten Park von Baumreihen, insbesondere noch geschmückt mit einem See, der sich hümmend hinzieht — liegt die Insel, die beim Magdeburger heimatsgieren, wenn auch nicht spradreit, „der Dorn“ heißt. Dort also wird im Mai die Deutsche Theaterausstellung sich öffnen, und über der Stadt, die ohne Schuld ihrer Leiter und ihrer Bürgerhaft leidet in unwillkommener Erregung war, liegt nun freudige Hoffnung und ein den Tag und die Nacht beherrschendes Arbeitsfeld.

Die Frage hier: warum gerade in dieser Stadt, die auch der jüngste Ostpreußen nicht gerade ein Kunstzentrum nennen kann, warum gerade hier eine Theaterausstellung? Die Antwort ist: Wir, wir Magdeburger, wollen uns nicht mit unser von Tilly verjagten historischen Vergangenheit begnügen, nicht mit unser vielfach modernen kommunalen Einrichtungen, nicht mit dem Getriebe auf dem Breiten Weg, nicht mit der großen Industrie unser Nachbarlandes. Wir wollen Großstadt sein wie andere in diesem bevölkerter Mitteldeutschland neben Leipzig, Dresden und andern. Eine Theaterausstellung war lange Jahre in Deutschland nicht zu sehen, und um das Theater wird jetzt eine lebhaftige Debatte.

Der Eindruck war, daß es sich um mehr handelt als um eine Kunstausstellung provinzieller Art, es liegt ein großer und umfassender Plan vor.

Wir Nicht-Magdeburger freuen uns boretz, daß 9 Jahre nach einem solchen Anzuge der Mu zum Wagen und Wirken sich auch hier mobilisiert. Es ist ganz geling oder nicht: es ist neue Zeit. Wir wünschen ihr viel Erfolg auf diesem Gelände, das — eine Seite! — zwischen einem Platz liegt, der „Reinrich-Heine-Platz“ heißt, und einer Straße, die „Ebert-Brücke“ genannt wird.

„Berliner Tageszeitung“

Sugo Kubisch läßt sich hier wie folgt beziehen: „Das Ausstellungsgelände an sich ist vielleicht ein wenig idealisiert in Deutschland. Es ist von einem Miesepark eingegrenzt und erhält durch die Elbe und den Adolf-Mittag-See einen eigenen Reiz. Magdeburg wird im Sommer 1927 die Kongressstadt Deutschlands sein, und dadurch wird neben dem kulturellen Erfolg wohl auch der wirtschaftliche, wenigstens zu einem gewissen Teile, gesichert sein.“

„Berliner Sozial-Anzeiger“

Dr. Mund schreibt: „Die Stadt ist nicht weniger als mühsam. Dem Rathaus, dem Dom und dem Kastell zum Truge, die Geschichte und Geschichte zu erzählen wissen. Aber vor ihren Toren, dort wohnt die Märchenfäimung, im Dertentzug, und am Adolf-Mittag-See, wo die Bewohner von Magdeburg seit unendlichen Zeiten Feiertag halten. Dort wird sich die Theaterausstellung erheben, als Sinnbild von Bestrebungen, die eine Annäherung von Stadt und Strom und — Weltverkehr bezwecken.“

„Neue Preussische Kreuz-Zeitung“

Dort liest man von Dr. Schmachl: „Am 14. Mai soll die Theaterausstellung in Magdeburg eröffnet werden. Die Stadt Magdeburg gibt sich alle Mühe, ihren Inhalt auch den der Bedeutung dieser erstmaligen Ausstellung entsprechenden Raum zu geben. Das vor der Eröffnung, den man bei einer Besichtigung hätte, und durch den manche Erlebnis getreut wurde, die wegen der mit der Theatergeschichte nur in loser Verbindung stehende Stadt besteht.“

Als letzte Stimme aus der Reichshauptstadt eine Zeugnis von Kurt Krause:

„Täglichen Rundschau“

„Am Adolf-Mittag-See, zwischen den beiden Ebertbrücken, liegt es — mit einem stolzen Zugang über die Ebert-Brücke — das Gelände nämlich. Es gehört in der Tat, wenn es erst grünt und blüht, zu den schönsten Naturparadiesen Deutschlands. Nur daß an dem Großen mit dem Adolf-Mittag-See Energie und Fähigkeit gearbeitet wird, merkt man auf Schritt und Tritt. Sie sind imstande und schaffen es bis zum 14. Mai. Sie haben immer auf eigenen Füßen gestanden. Gogar nach dem Dreißigjährigen Kriege. Auch nach dem Weltkrieg ziehen sie sich wieder auf festen Füßen. ... Nach allem was man sieht und hört, wird die Stadt Magdeburg auch da etwas hinterleben, was an Umfang und Originalität auf dem weiten Felde des Theaters, dem mittelalterlichen geistigen Schauspiel und Festspiel, dem Fronttheater im Weltkrieg und dem deutschen Theater im Ausland, sich wird sehen lassen können.“

Kleine Chronik

Der dritte Aktienhiebprozess.

Am Montag vormittag begann vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte die dritte Verhandlung in dem Aktienhiebprozess Raffke und Kossel. Zu diesem Falle kommen als neue Angeklagte noch hinzu der frühere Bureauvorsteher bei Rechtsanwalt Dr. Meyer, Gustav Hübner und der Kaufmann Peiser. Auch hier handelt es sich wieder um Aktienbeseitigung und -vermittlung, in dem er zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Er wandte sich an die beiden Beamten, Raffke und Kossel, die die Aktien besorgten. Das ist der kleinere Fall, der heute zur Verhandlung steht. Im Mittelpunkt des Verfahrens steht der Fall des flüchtigen Bankiers Kunert. Bankier Kunert war vor dem Kriege mehrmals wegen Betrugs bestraft worden, unter anderem in Leipzig zu 6 Monaten Gefängnis, 600 Mark Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust. Nach dem Kriege wurden ihm die Straftaten ein Hindernis. Besonders war ihm die Sache peinlich, als er sich mit der Gräfin Voigt und Nees verheiratet hatte. Um diesen „Schönheitsfehler“ in seinen Personalien zu beseitigen, wandte er sich im Frühjahr 1925 an den Angeklagten Peiser, der mit ihm in geschäftlicher Beziehung stand, Peiser riet ihm, sich an einen Rechtsanwalt zu wenden und durch diesen die Feststellung treffen zu lassen, ob die Aktien überhaupt noch vorhanden wären. Kunert ging auf diesen Vorschlag ein und erfuhr, daß seine Sache, die in Berlin zur Verhandlung gelangt war, unter seinem Namen noch bei der Justizbehörde lagere. Nunmehr wandte sich Kunert nochmals an Peiser. Dieser, der den Bureauvorsteher Hübner kannte, wandte sich an diesen und kam mit ihm überein, durch die Angeklagten Raffke und Kossel die Aktien besorgen zu lassen. Peiser fehlte dafür eine Belohnung aus, während er von Kunert für die Mithewaltung entschädigt werden sollte. Hübner trat jetzt mit Kossel in Verbindung, der sich seinerseits wieder an den Angeklagten Raffke wandte und durch diesen die Aktien in der bekannten Weise besorgen ließ. Dafür erhielt Hübner eine bestimmte Summe, die andern beiden Angeklagten je 150 Mark, die in der Anklage als „Darlehen“ bezeichnet sind. Am Nachmittag wurde das Urteil gefällt. Raffke und Justizobersekretär Kossel wurden wegen Aktienbeseitigung und Verschönerung zu 1 Jahre 6 Monaten Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe oder weiteren 30 Tagen Zuchthaus und 3jährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt. Bureauvorsteher Hübner und Kaufmann Peiser erhielten wegen Beihilfe zur Anfertigung der Bescheinigung und Aktienbeseitigung je 6 Monate Gefängnis.

Aetherexplosion in einem Schwesternheim.

Am evangelischen Schwesternhaus in Gießen erfolgte durch das Ausströmen von Aetherdämpfen aus einem zu Boden gefallenen Behälter eine Explosion, durch die acht Personen schwere Brandwunden erlitten. Eine Schwester ist ihren Verletzungen erlegen, zwei Hausangestellte liegen mit ersten Brandwunden darnieder; die andern sind leichter verletzt. Die beiden Hausgehilfinnen, die lebensgefährliche Verbrennungen erlitten hatten, sind ihren Verletzungen erlegen.

Großfeuer in Breslau.

In der Nacht zum Dienstag fiel in Breslau ein städtischer Müllspeicher, der ehemals eine Seelmühle war, einem gewaltigen Brande zum Opfer. Die Feuerwehr setzte alle Kräfte an und griff mit 20 Schlauchleitungen ein. Die starke Hitze beeinträchtigte die Löscharbeiten sehr stark, da die durchwärmten Kleider zu Eis erharteten und auch die Schlauchleitungen immer wieder einfroren. Das Gebäude brannte bis zum ersten Stockwerk vollkommen nieder. Zahlreiche Flüchtlinge aus dem Osten sind durch den Brand um ihre Habseeligkeiten gekommen, die sie in dem Speicher untergestellt hatten.

Gefährdung der Schnellbahn Köln-Dortmund.

Den vereinigten Bemühungen von Privatindustrie und Reichsbahngesellschaft scheint es nun doch gelungen zu sein, denn seit langem geplanten Bau einer Schnellbahn von Köln nach Dort-

mund zu hintertreiben und so viel Schwierigkeiten zu bereiten, daß mit einer Verwirklichung kaum noch gerechnet werden kann. Die Reichsbahn will jedoch statt dessen auf der Strecke Köln-Dortmund durch Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit, bessere Ausstattung der Züge und durch Schaffung eines besondern Zugtyps das Verkehrsbedürfnis im rheinisch-westfälischen Industriegebiet besser zu befriedigen versuchen. Die Reichsbahndirektionen glauben, für die neu zu schaffende Schnellverbindung zwischen Köln und Dortmund eine Grundgeschwindigkeit von 100 Kilometer in Aussicht stellen zu können.

Selbstmord Unter den Linden.

Am Dienstag mittag erschloß sich in Berlin Unter den Linden der Ingenieur Thomas Peiser in einer Autodroschke, als er von einem Polizeibeamten festgenommen werden sollte. Der Schuss drang ins Herz, so daß der Tod sofort eintrat. Peiser war bei den Berliner Elektrizitätswerken angestellt und vor kurzem entlassen worden. Dafür machte er einen Direktor der Werke verantwortlich und drohte, diesen niederzuschlagen. Um seine Drohung wahrzumachen, erschien er am Dienstag vormittag, um den Direktor zu sprechen. Als Polizeibeamte ihn festnehmen wollten, ergriff er die Flucht in einer Autodroschke. Als diese Unter den Linden durch die Verkehrskampel gestoppt wurde und die verfolgenden Beamten sich dem Wagen näherten, legte Peiser zunächst auf einen Beamten an, erschloß sich aber dann selbst.

Kristokratische Kokainhändler.

Die Schwester des letzten zaristischen Ministerpräsidenten sowie eine Gruppe russischer Aristokraten sind dieser Tage in Ausland wegen Kokainhandels verhaftet worden.

Ein schrecklicher Morgen am Eißelturm.

Am Montagfrüh hörten Polizeibeamte auf dem Marsfelde in Paris verzweifelte Schreie „Du Hilse! Du Hilse!“. Sie suchten das ganze Gelände ab und wurden schließlich darauf aufmerksam, daß die Schreie aus einer Höhe des Eißelturms kamen. Man drang in das Treppenhaus ein und fand in der Höhe der zweiten Etage einen Mann, der in das Eingangsportal des Turmes hineingestiegen war und dort draußen ruhig eine Zigarette rauchte. Die Beamten versuchten, ihn zum Hinuntersteigen zu bewegen, aber er weigerte sich und sagte: „Holen Sie meine Frau. Ich heiße Gaston Orphalon und wohne Rue Montjoux 18.“ Die Polizei glaubte, daß der Mann irrsinnig sei und hielt es für angebracht, seine Frau zu benachrichtigen. Als sie geholt worden war, erzählte sie ganz verzweifelt, daß sie einen Streit mit ihrem Manne gehabt habe, weil er durchaus am Sonntagabend nicht zu Hause bleiben wollte. Der Mann in der Höhe erklärte nunmehr: „Ich will mich zu den Füßen meiner Frau hinabstürzen und neben ihr verschollen.“ Die Polizeibeamten entfernten daraufhin die Frau wieder, um ihr das furchtbare Schauspiel zu ersparen. Bis 5 Uhr früh dauerte dann die Unterhaltung zwischen dem ständig rauschenden Mann und den Polizeibeamten fort, dann bewegte er sich, verlor plötzlich den Halt und fiel auf die Plattform des ersten Stockwerkes hinab, wo sein Körper zerfurcht aufgefunden wurde. Die angestarrte Frau war schreiend, als sie die Nachricht erhielt und beteuerte nur immer wieder, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihr und ihrem Gatten niemals sehr schlimm gewesen seien. Niemand weiß, ob der Mann schließlich abgestürzt ist, oder tatsächlich freiwillig aus dem Leben schied.

Der Stifter.

Ein reicher Engländer namens Jeremias Bentham vermachte vor Jahr und Tag der Universität London eine größere Geldsumme. Dies ist an und für sich nichts Außergewöhnliches in einem Lande, dessen Stiftungen nur hinter denen der Vereinigten Staaten zurückstehen. Eine Ausnahme bildete lediglich die Bedingung, an die die Stiftung geknüpft war, und die nichts Gevrigeres besagte, als daß die Leiche des Stifters, ausgestopft und mumifiziert, an allen bedeutenderen Professorenkonferenzen teilzunehmen habe. In Anbetracht der Größe der Stiftung nahm die Universität diese peinliche Verpflichtung auf sich, so daß, wenn immer die Professoren zu einer dienstlichen Sitzung zusammentraten, Herr Bentham in voller Kleidung und mit einer kunstvollen Maske als Gesicht unter ihnen weilte.

Gewinn-Auszug
5. Klasse 28. Preussisch-Süddeutsche (254. Preuss.) Klassenlotterie
11. Ziehungstag 21. Februar 1927, nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Seite gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

4 Gewinne zu je 10000 Mk.	102501	245314
2 Gewinne zu je 5000 Mk.	102503	
10 Gewinne zu je 3000 Mk.	102499	168298 188762 236785 310580
187423	202438	205109 209840 239005 257320 267343 270203
236088	298163	319122 322860 338368 341548 342771 343247
34 Gewinne zu je 1000 Mk.	1485	3241 6893 8375 35422 72671
92105	115320	119343 150114 166663 166300 175671 204436
311907	329463	330549
74 Gewinne zu je 500 Mk.	28886	41505 45653 59821 62977
78785	92680	37613 115047 118064 124778 145380 148661
152745	160223	161085 171897 174013 176592 183262 186055
187423	202438	205109 209840 239005 257320 267343 270203
236088	298163	319122 322860 338368 341548 342771 343247
178 Gewinne zu je 300 Mk.	2167	2654 4006 4521 14394 15138
17491	33199	42764 47261 51903 57514 59451 66575 84013 105398
105123	106666	118396 119807 123456 126450 132968 134973
135168	137167	146502 149074 160703 165171 168293 169787
173074	175398	177493 185469 188122 190681 191049 191996
192741	194823	195561 195511 202012 205574 205916 206301
212847	214823	218570 220986 222119 226441 227475 239855
239990	241430	245673 246291 247864 248140 251081 251934
253843	258130	270356 275686 280210 284489 285511 289184
291330	293206	295143 300083 300385 300701 301911 310981
318150	317328	321608 323683 329284 337599 337809 340796
344199		

12. Ziehungstag 22. Februar 1927, vormittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 10000 Mk.	179736
2 Gewinne zu je 3000 Mk.	2464
18 Gewinne zu je 2000 Mk.	35116 37245 151088 200447 200567
219342	222207 237689 240600
30 Gewinne zu je 1000 Mk.	20583 47110 61834 75107 105397
121744	143387 147187 185522 198774 246881 260731 288998
323638	348323
78 Gewinne zu je 500 Mk.	15287 18578 23080 27966 52899 54688
62367	67213 98732 128085 130946 133006 139228 141512
145240	166324 167805 187145 214681 236239 238083 254728
257314	261774 266900 283564 286925 289118 293626 306145
307723	308659 308703 309227 310243 332091 336186 337732
348990	
182 Gewinne zu je 300 Mk.	6265 14941 25268 28298 34037 35133
35712	39515 40193 44301 49344 53962 64783 67437 68398 76826
77539	92659 96809 97309 101877 103418 106221 107443
117561	122812 132147 142366 149606 152469 152726 150960
163316	164873 167692 177022 181440 184262 184278 185488
185907	192390 197293 200034 200176 201309 207432 211897
213161	214216 217240 223721 224871 235219 237957 239630
246781	255688 256871 258664 265708 268177 272222 273021
274884	281566 283072 284207 288033 289710 291129 293048
295732	299733 300682 304443 304886 317159 318695 319602
321218	323412 330528 335993 331277 332377 333806 337689
342166	345744 349666

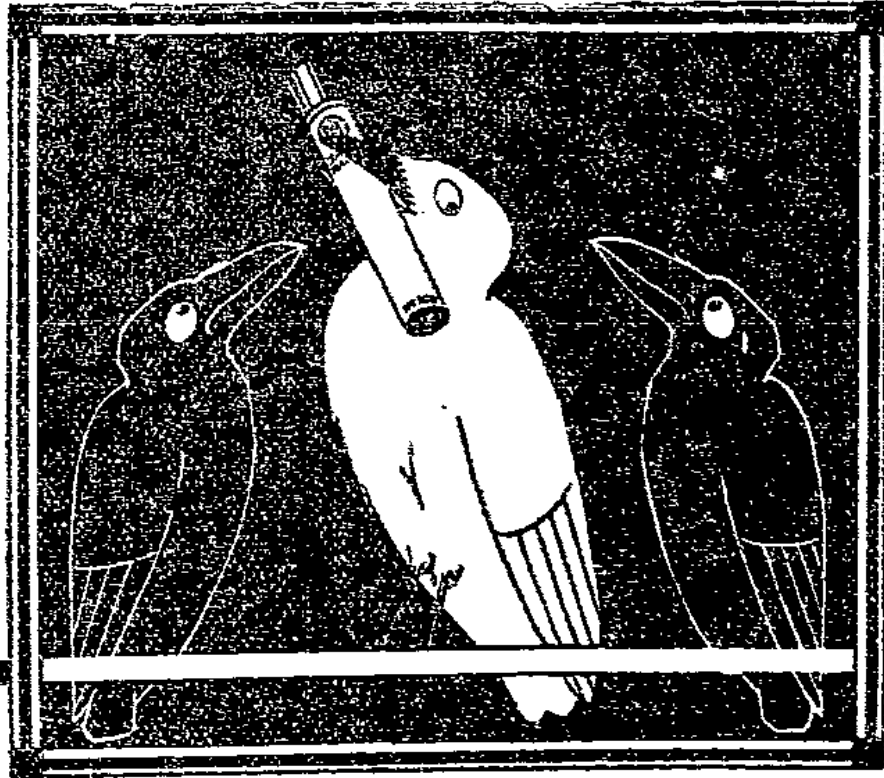
Wasserstände

+ bedeutet über, - unter Null.

Ort	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
Münchener	22 2 + 0,28	Düben	28 2 + 0,31
Brandenburg	+ 0,1	Unitas und Sante	23 3 + 1,24
Reithof	+ 0,28	Prothia Mts.	+ 2,10
Leitmeritz	+ 0,81	Bernburg Mts.	+ 1,28
Aufhäuser	+ 0,09	Halbe Oberpeg.	+ 1,84
Dresden	+ 1,42	Halbe Unterpeg.	+ 0,99
Fornau	28 2 + 0,56	Striehe	+ 1,04
Strehlenberg	+ 2,10		
Möslan	+ 1,20		
Aren	-		
Garz	+ 1,74	Brandenburg	22 2 + 2,87
Magdeburg	+ 1,22	Oberpegel	
Fangermünde	+ 2,29	Brandenburg	
Stuttenberg	+ 2,87	Unterpegel	+ 2,12
Völsen	-	Hathenow	
Bamitz	+ 1,77	Oberpegel	+ 2,00
Dalchau	-	Hathenow	
Wolfsberg	-	Unterpegel	+ 1,62
Geistritz	22 2 + 1,70	Haritz	+ 3,08

Wettervorhersage

Ausführung am Donnerstag Unbeständiges, meist wolfiges Wetter mit Niederschlägen in Schauern, Temperaturen im Flachlande im Mittel bei 3 bis 5 Grad Wärme, in hohen Gebirgslagen wieder Frost



HALPAUS RARITÄT

der weisse Rabe unter den 4 Pfg. Cigaretten.

Warum?

Weil sie trotz täglich neuer Konkurrenzmarken immer mehr an Nachfrage gewinnt.

HALPAUS RARITÄT

№ 200

ist die meistgerauchte, weil weitaus beste 4 Pfg. Cigarette Deutschlands.

Grippe-Kum 60% in Original-Liter-Fl. nur 3,50 Willy Walter Präparat 17.

Akkumulatoren Ladestation Magdab. A.N., Weinberg 48

Chaiselongues

Sofas, Auszug-Matratze, nicht billig und gesund, sondern zuverlässig und preiswert zu verk. R. Brunde, Tapeziermeister, Wilsdr. 3. pt.

Fechenbachs

Zuchthausbuch

Es gibt Bilder aus den großen Häusern und in der Stadt das Leben

Im Hause der Freudlosen

Es umgibt die Welt, ist klarer als Luft, gut in seinen Gedanken

3.00 Mark

Buchhandlung Volkstimme.

Chaiselongues, Präparat R. Brunde

Reparaturen auch an sämtlichen mechanischen und elektrischen Apparaten

Spezialwerkstatt

Silbermann

Dreher Weg 10

Burg. 1 eiserne Bettstelle und Zannholz für Gartensitzer zu verkaufen Bruchstraße 39.

Zum Karneval! Künstliche Blumen Carl Siebert

Gutes Einweichen ist halbes Waschen!



Sie werden dieses Wort bestätigt finden, wenn Sie es einmal selbst probieren. Weichen Sie Ihre Wäsche am Abend vor dem Waschtage in kalter Henko-Lauge ein. Das Aussehen der Einweichlauge am nächsten Morgen zeigt Ihnen, wie sehr Schmutz und Flecke sich schon gelöst haben!

Henko Henkel's Wasch- und Bleich-soda

weit ergiebiger als lose Soda!

Serie: „Das sparsame Waschen.“ Bild 1.

Anmeldungen für den Bühnenkreis nimmt an Buchhandlung Volkstimme.

Freitags-Theatergemeinschaft Tonhalle Schönebeck.

Alle Freitagabend und neu anzukommende sollen zwecks Erhaltung des Theaters in obiger Gemeinschaft zusammengelassen werden. So als Einweihung kommen Boten mit Listen in die Wohnungen. Wir bitten um zahlreiche Unterstützung. Der Theaterausführung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Schönebeck. Fr. Darring.



Carmen

Im Film ist es gelungen, die weltberühmte Novelle von Merimee in höchster Vollendung wiederzugeben. Raquel Meller ist von unsagbar natürlicher Grazie, unübertrefflich im Charme ihrer Bewegungen und Ausdruck des Spiels. **Eine Carmen, wie sie menschlich wahrer und schöner unentbar ist!**

Carmen

Im Film. Man vergißt im laufenden Tempo der Ereignisse, daß es ein Film ist, von einem Regisseur gefaltet und von Schauspielern gespielt. Hiermit ist das Leben der weltberühmten Landschaft, der Städte und der Menschen.

Carmen

Im Film gibt mehr als grandioses Theater. Er gibt die Atmosphäre Spaniens, alles in ihm ist echt, die Menschen, die Berge Andalusiens, Sevilla-Granada und die Stierkämpfe.

Carmen

Im Film erscheint natürlich wieder im

Deulig-Palast

der führenden Filmbühne!

Wittwoch, Donnerstag letzte Tage:
Der heilige Berg
ein Drama aus der Bergheimat.

Besucht den

Ratskeller

INH. OSK. KEILBERG

Seit Jahren aus Bekanntheit zur Kenntnis, das wir am Donnerstag den 24. Februar das feierliche

Restaurant zum Kurfürsten

Kurfürstenstraße 2

Wir bieten die besten Speisen und Getränke werden wir bestens besorgen. Inhaber: Otto Lehrenkamp und Jean.

Empfänger: unsere Vereinsmitglieder per gel. Einladung.

Hilfsbuch-Elektropraktiker

Bd. I: Schwachstrom
Bd. II: Starkstrom
Das Hilfsbuch ist das nützlichste Werk für jeden, der mit elektrischen Anlagen zu tun hat.

Buchhandlung Volksstimme

Betriebsräte! Gewerkschaftsfunktionäre!

Freitag den 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet in Saal des Schauspielers, Leipziger Straße, eine große

Betriebsräte- und Funktionärerversammlung

statt, an der Herr Dr. jur. Krausnick von der Reichs-

Das neue Arbeitsgerichtsgesetz

werden wird. Das Gesetz über die Arbeitsgerichte ist ein wichtiges Ereignis für die Gewerkschaften und Betriebsräte.



Harry Liedtke freut sich!

Fasching macht Laune!

In den **Kammer-Lichtspielen**

erleben Sie am Freitag den Höhepunkt des Karnevals

Eine tolle Nacht

Regisseur: Richard Oswald
Teilnehmer: Harry Liedtke, Hjalmar Schöndorff, Henry Bender, Jella Süss, Karl Gerzon, Paul Westermeier, Karl Mili, Hermann Fichtelberg, Ferd. Bonn



Heute letzter Tag: **Harry Piel**
Was ist los im Zirkus Bailey?

Zentral-Theater

Nur noch 6 Aufführungen! Täglich 8 Uhr:

Madame Pompadour

Operette von Leo Fall. Gastspiel: **Hilde Wörner** und Kammerensemble

Eduard Lichtenstein

Sonntag: 2 Vorstellungen
Nachmittags 4 Uhr (kleine Preise) und abends 8 Uhr

Madame Pompadour

Vom 2. bis 7. März: auf allgemeinen Wunsch: **Nur 6 Aufführungen**

Lehars Meisterwerk PAGANINI

Cordy Milowitsch und Kammerensemble
Eduard Lichtenstein

Das Ereignis der Spielzeit!
Emmerich Kármán

Zirkusprinzessin



Maria Corda Eine Dubarry von heute

hat Berlin fasziniert und wird auch Magdeburg in Atem halten

Kürzlich hat sich erwiesen, daß der Aufstieg eines kleinen Pariser Adelmädchens sich in derselben Linie vollziehen hat wie bei der berühmten "Dubarry", der größten Kokette aller Zeiten. Dubarry starb auf dem Schafott, aber die kleine Tonette L. hatte ein besseres Lebensende, wie der Film "Eine Dubarry von heute" zeigt.

Der Film wurde mit ungewöhnlich großen Mitteln hergestellt

Hauptrollen: **Maria Corda, Alfred Abel**

Außerdem: **Anf vielseitigen Wunsch:**

Die Biene Maja

und ihre Abenteuer von Waldemar Bonsels.

Dieses Wunderwerk der Filmkunst wurde von Presse und Publikum begeistert aufgenommen!

Die Vorstellungen beginnen **Donnerstag 4 Uhr**

Jugendliche haben nur zur ersten Vorstellung Zutritt
Einzelpreis: 50 Pfennig!



ALLE DRUCKSACHEN

padend und werbefähig herzustellen, lassen wir uns seit Jahren angelegen sein. Senden Sie sich bei Bedarf an uns.

W. PFANNKUCH & CO.

ALLE DRUCKSACHEN

padend und werbefähig herzustellen, lassen wir uns seit Jahren angelegen sein. Senden Sie sich bei Bedarf an uns.

STADTTHEATER

Donnerstag, 24. Febr. 9. Abend
Anf. 7 1/2 Uhr Ende 10 1/2 Uhr
Die Boheme

Freitag, 25. Februar 1. Abend
Anf. 7 1/2 Uhr Ende 10 1/2 Uhr
Der Barbier von Sevilla

Wilhelm-Theater
Sprech- u. d. Volkstheater (Junge Bühne) Schrei aus der Straße

Pfand-Versteigerung!
Am Mittwoch, 2. März 1927, nachmittags 2 Uhr alle Pfandsachen von dem Pfandamt

Erneuerungen aus bis Dienstag 8. März 1927, mittags 12 Uhr.

Der scharfe Löwe
Sonderausstellung: 100 Jahre von 1817 bis 1917

FÜRSTENBERG THEATER
Donnerstag und Freitag letzte Aufführungen
am abendlichen Vorstellung mit einem riesigen Künstlerensemble

Scharrer & Knüppel
- Kohlenhandlung -

Amtliche Bekanntmachungen

Polizeiverordnung

betreffend Schießsport.

Auf Grund der §§ 137, 138 und 146 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 20. Juli 1883 (G.-S. E. 193), der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. E. 263) und der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 wird, da ein Fall vorliegt, der keinen Anlass gestattet, vor Einführung der Zustimmung des Verwaltungsrats für den Umfang der Provinz, Sachsen folgendes verordnet:

§ 1.
Der Schießsport darf nur auf Schießständen ausgeübt werden, die von den Ortspolizeibehörden genehmigt und ordnungsmäßig abgenommen sind.

§ 2.
Auf den Schießständen dürfen Waffen und Munition, die nach der Verordnung über Waffenbesitz vom 13. Januar 1919 (G.-S. E. 31, 122) und der dazu erlassenen Ausführungsverordnung verboten sind, nicht benutzt werden.

§ 3.
Jugendliche unter 17 Jahren dürfen am Schießen nicht teilnehmen.

§ 4.
Jedes Schießen hat unter Leitung einer Aufsichtsperson stattzufinden. Die von den Vereinen bestellten Aufsichtspersonen sind für allgemein oder für den Einzelfall namentlich der Ortspolizeibehörde anzugeben, die sie bei Unzuverlässigkeit absetzen kann.

§ 5.
Die Ortspolizeibehörde ist jederzeit berechtigt, die Schießstände zu betreten und den Schießverordnungen beizufolgen.

§ 6.
Die Vereinsvorstände sind der Ortspolizeibehörde gegenüber zur sichern Gewährung der dem Verein schuldigen Gewährung auf aber nahe bei dem Schießstand verpflichtet, sie übernehmen die Verantwortung für jede missbräuchliche Verwendung der Waffen.

§ 7.
Waffen dürfen zum und vom Schießstand nur verpackt und getrennt von der Munition transportiert werden.

§ 8.
Zusammenfassungen gegen diese Polizeiverordnung werden, soweit nicht gesetzlich eine höhere Strafe angedroht ist, mit Geldstrafe bis zu 150 RM., im Nichtbetriebsfall mit entsprechender Haft bestraft.

§ 9.
Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Magdeburg, den 3. Februar 1927.
Der Oberpräsident.

Vorstehende Polizeiverordnung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Surg, den 18. Februar 1927.
Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung
Betrifft Jagdschein.

Wir weisen auf die im Regierungsamt, Markt 7 - Seite 19 von 1927 - veröffentlichte Polizeiverordnung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 27. Januar 1927 betr. das Verbot des Betriebes und der Benutzung von Jagdscheinen (Fahlscheinen) hin. Strafandrohung bis 150 RM. civil. entz. entsprechende Maß.

Surg, den 18. Februar 1927.
Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung
Die Befähigung der Mägen gemäß Reichs-Pol.-Verordnung vom 11. Oktober 1926 ist im hiesigen Polizeibezirk auf Veranlassung des Magistrats durchgeführt worden.

Da es nicht ausgeschlossen ist, daß einige Grundstücke übergeben worden sind oder die Befähigung der Mägen nicht rechts erfolgt ist, erlauben wir die Hausbesitzer, uns dies bis spätestens 28. d. M. im hiesigen Polizeisekretariat - Zimmer 14 des Rathauses - anzuzeigen. Das Weitere wird dann von hier veranlaßt werden.

Schönebeck, den 22. Februar 1927.
Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung
Bezüglich Verwendung von Hunden als Jagdtiere.

Nach der hier eingegangenen Nachricht des Herrn Landrats in Calbe a. d. S. erfolgt die Ansperrung der Hunde nicht nur in Calbe, sondern auch in Schönebeck, und zwar am 25. d. M., 11 Uhr vorm., im „Stadtpark“ bei Schönebeck und Umgebung.

Schönebeck, Saalemündung und Sroße, den 23. Februar 1927.
Die Polizeiverwaltung.

Ranarien
gelbe Gähne 3. Klasse
gelbe Gähne 7.50 K.
azurine Gähne 3.50 K.
Weiden höchste Preise
Neger, Schrotboxer
Tor 34, Ecke Markt

Grundstücks- und Wohnungsmarkt
Ent wohnt. Zimmer zu vermieten Harzstraße 5, 17.

Ganze Bibliotheken

edest Umfangs liefert anerkannt befristend

Buchhandlung Volksstimme.

Leihhaus A. Ruffenhaus, Weinstraße 5a, 17r. 1638 Telefon 1629.

Kreistagsitzung in Wanzleben

Am 22. Februar fand in Wanzleben eine wichtige Kreis- tagssitzung statt. Nach Wiederwahl von drei Schieds- männern wurden die Vor schläge für die Vertrauensmänner zur Auswahl der Schöffen und Geschwornen einstimmig ange- nommen: für das Amtsgericht Wanzleben: Maurer Adolf Siegel (Langenweddingen), Maurer Albert Bregand (Hohenbabeleben), Kuffner Hermann Koch (Klein-Wanzleben), Guttschloß Franz Sijewell (Langenweddingen), Landwirt August Heinemann (Wanzleben); für das Amtsgericht Egeln: Dackeder Karl Günther (Egeln), Arbeiter Friedrich Kaddach (Egeln), Kaufmann Emil Buschner (Egeln), Inwal- de August Wund (Weiterregeln), Lagerhalter Karl War- muth (Unjeburg); für das Amtsgericht Seehausen: Handels- mann Gustav Koch (Seehausen), Bauerpolier Ernst Steffen (Seehausen), Steinmetz Gustav Breittopf (Geggenstedt); für das Amtsgericht Magdeburg einschließlich Budau: Drechsler Otto Dankert (Groß-Othersleben); für das Amtsgericht Oschersleben: Karl Bornkamp (Schernde), Kupfer- schmied Wilhelm Kufjuch (Schnersleben); für das Amts- gericht Schönebeck: Maurer August Günther (Walsleben).

Kreisdeputierter Genosse Kunze (Weiterregeln).
Die am 10. Mai 1926 erfolgte Wahl des Schmiedes Genossen Karl Kunze in Weiterregeln zum Kreisdeputierten ist vom Re- gierungspräsidenten für ungültig erklärt worden, weil es eine Ersatzwahl war, die nur vorgenommen werden durfte, nachdem der Minister des Innern dazu seine Genehmigung erteilt hat. Das ist jetzt geschehen. Dabei hat der Minister darauf hinge- wiesen, daß, um dem Gedanken des Verhältniswahlverfahrens Rechnung zu tragen, grundsätzlich der Reizwahlende derselben Partei angehören muß, zu der der Ausgewählte gehörte, also der Sozialdemokratischen. Trotzdem brachte die Rechte einen eignen Kandidaten, den Guttschloß Hildebrandt (Klempen- leben) als Kreisdeputierten in Vorschlag, während unsere Frak- tion den Genossen Kunze wieder vorschlug mit der Erklärung des Genossen Ferkel, daß eine Wahl nach ministerieller Ansicht gar nicht notwendig sei. Es wurde dann aber doch der Wahlgang vorgenommen und Genosse Kunze mit 15 Stimmen von 35 gegen 6 der Rechte und 4 weißen Zetteln zum Kreis- deputierten gewählt.

Die Wasserversorgung in Wolmirsteilen.
Für die Gemeinde Wolmirsteilen besteht die zwingende Notwendigkeit zum Bau einer zentralen Wasserwerk- stellung. Die zur Deckung der entstehenden Kosten er- forderlichen Mittel sollen durch ein bei der Preussischen Pfand- orienbank in Berlin aufzunehmendes Tilgungsdarlehen in Höhe von 275 000 Mark beschafft werden. Die Bank ist zur Vergabe des Betrags unter der Bedingung bereit, daß der Kreis die selbst- ständige Bürgerpflicht für diese Summe übernimmt. Da die Wasserhältnisse in der Gemeinde immer schlechter werden — wir berichteten jüngst ausführlich über die Mängel — und die Versorgung der Einwohner mit einwandfreiem Trinkwasser unabdingbar, und zwar so schnell wie möglich, geregelt werden muß, hat der Gemeindevorsteher, Genosse Köllner (Wolmirsteilen), den Antrag auf Übernahme der selbstständigen Bürgerpflicht für das aufzunehmende Darlehen auf den Kreis Wanzleben gestellt. Nach dem Beschluß der Gemeindevorstellung ist das Darlehen mit 9 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen. Der zur Verzinsung und Tilgung erforderliche Betrag soll aus den Einnahmen des Wasserwerks sichergestellt werden. Um der Gemeinde die Möglichkeit zur Ausführung des Projekts zu geben, hat der Kreisrat seinen Beschluß ge- geben, daß der Kreis die Bürgerpflicht zugestimmt.

Landrat Genosse Kelling schilderte die Verhältnisse in Wolmirsteilen. Brauchbares Trinkwasser muß schleunigst be- schafft werden, sonst kann es im Sommer zu einer Katastrophe kommen. Mit langwierigen Verhandlungen, großen Widerständen, endlosen Prozessen hat die notleidende Gemeinde zu kämpfen. Der Notstand aber ist dadurch nicht behoben. Der arme Ge- meinde, die die richtigen Summen für die Wasserbeschaffung nicht tragen kann, muß endlich geholfen werden, damit sie die Wasser- leitungen bekommt.

Bürgermeister Wenzel (Rechten), der als Gemeindevorsteher von Wolmirsteilen nichts genau hat, um an der Befreiung der Notstände mitzuhelfen, brachte es fertig, zu fragen, ob die Ge- meinde Sicherheiten geben kann.

Der Landrat erwiderte ihm, daß die Kreisverwaltung nicht taunlos zusehen darf, daß es zu Zuständen in Wolmirsteilen kommt, die nicht verantwortet werden können. Die Gemeinde hat viel mit ihrem Grund und Boden; außerdem wird das Wert doch eine werbende Anlage. Aber selbst wenn keine Sicherheiten vorhanden wären, müßte der Kreis die Bürgerpflicht übernehmen; er kann die notleidende Gemeinde nicht im Stich lassen.

Diese Erklärung hinderte den Bürgermeister Wenzel (Wanzleben) nicht, als Sicherheitsverpflichtung Verpfändung des Grundbesitzes und der Einkommensteuerüberwachungen zu for- dern. Der Kreis müßte sich zu sichern, daß aus allgemeinen Mitteln ein Einsetzen des Kreises für eine einzelne Gemeinde nicht nötig ist, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommt.

Genosse Ferkel erklärte, daß es sich in erster Linie nicht darum handele, wie kann sich der Kreis sichern, sondern wie kann der Gemeinde geholfen werden. Industrielle Betriebe haben die Wasserentnahme unmöglich gemacht, da muß grundsätzlich der Kreis auch für eine einzelne Gemeinde eintreten. Die Gemeinde Wolmirsteilen ist schuldlos, daß sie in eine solche Lage ge- kommen ist.

Genosse Krawinkel (Wolmirsteilen) teilte mit, daß der Bürgermeister Wenzel als Schlichter sehr wenig um die Bedürfnisse der Gemeinde gekümmert hat, weil er der Gegeninteressentengruppe verbunden war. Eingehend schilderte unser Genosse die unge- heure Schwierigkeit bei Beschaffung von Geld zur Trinkwasser- versorgung. Nicht einmal zu Vorarbeiten war ein Darlehen von 25 000 Mark zu erhalten. Die Gruben haben Hilfe abge- lehnt. Trotzdem die Grubenbesitzer einsehen, daß sie die Schuld an den Zuständen in Wolmirsteilen haben, sind sie nicht bereit, zum Bau der Wasserleitung Zuschüsse zu geben. Der Kreis und die Regierungsstellen sind moralisch zur Hilfe verpflichtet. Schuld der Regierung ist es, daß sich die Sache so lange hinzieht. In den Kostenanschlägen ist herumschlingel worden, aber billiger sind sie nicht geworden.

Auch hierbei wollte die Rechte Sicherungen haben. Genosse Ferkel hielt ihnen entgegen, daß an den Zuständen ihre poli- tischen Freunde schuld haben, denn das frühere rechtsstehende Gemeindeparslament hat es verabsäumt, die notwendigen Steuern zu erheben. Zur Erhaltung des kommunalen Lebens in der Gemeinde Wiedendorf ist die Übernahme der Bürgerpflicht auch ohne Sicherung nötig.

Auch in diesem Falle verzichtete die Rechte auf ihre Siche- rungsvorschlage und stimmte der Vorlage zu. Der Beschluß wurde wieder einstimmig gefaßt.

Unterhaltung der Kreisstraßen.
Die Kostenanschläge für die Unterhaltung der Kreisstraßen im Jahre 1927 sind aufgestellt. Die Gesamtkosten betragen 305 400 Mark.

Landrat Genosse Kelling begründete die Notwendig- keit der Bewilligung der Kosten. Es sind nur die dringend not- wendigen Instandsetzungsarbeiten vorgezogen.

Genosse Schrader gab die Zustimmung unserer Fraktion. Zur Unterhaltung der Kreisstraßen muß mehr geschehen. Es wären noch viel höhere Summen dazu notwendig. Zur rechten Zeit muß eingegriffen werden.

Der Kreisrat erklärte, daß die Chauffeen durch den nassen Winter sehr gelitten haben. Es war schwierig, den Schmutz zu entfernen. Nicht alle schlechten Stellen können aus- gebessert werden, das würde der Kreis jetzt finanziell nicht tragen können. Der Vorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Vorausschickliche Höhe der Kreissteuern.
Bei Beratung dieser Chauffeeunterhaltungsvorlage kam Landrat Genosse Kelling auch auf die Kreissteuern und den Etat zu sprechen. Mit welchen Zuschlägen zu rechnen ist, kann noch nicht klar erkannt werden. Die Provinz wird ihre Umlage von 11 1/2 Prozent auf 16 Prozent erhöhen; das macht 45 000 bis 50 000 Mark nur für den Kreis. Die sozialen Lasten werden noch steigen. Es ist vielleicht mit einer Preisumlage von 65 bis 70 Prozent zu rechnen. 1926 hat sich der Abschluß günstiger ge- stellt, als man erwarten mußte. Wir hatten mit einem wesent- lichen Fehlbetrag gerechnet, aber es hat sich erfreulicherweise ein günstigeres Bild ergeben.

Mit der Ulgemeindungs einiger Pargellen aus dem Gutsbezirk Egeln in den Kommunalbezirk Stadt Egeln und um- gekehrt war man einverstanden.

Dann wurde die Vorlage über die Eingemeindung der Gutsbezirke Domäne Egeln und Marienstahl in den Stadtbezirk Egeln beraten. — Wir berichten an anderer Stelle des Beilageblattes eingehend über diese Vorlage.

Für die Vorlage setzten sich der Landrat und Genosse Schmidt (Egeln) warm ein. Auch die Sprecher der Bürger- lichen, Hildebrandt und Delgarden, erklärten sich für die Befreiung der unhaltbaren Zustände und traten für die Ein- gemeindung der Gutsbezirke ein. Die Vorlage wurde einstimmig, also auch mit den Stimmen der Deutschnationalen, angenommen. Es ergab sich also die Tatsache, daß im Kreisparlament die Deutschnationalen für die Befreiung der Gutsbezirke eintreten und stimmten, während im Landtag die Deutschnationalen ent- schiedene Gegner der Befreiung der Gutsbezirke sind.

Die Kreisstraßenmeister wurden gleichermäßen wie die Provinzial-Strassenmeister mit Wirkung vom 1. April 1927 an in die Besoldungsgruppen 6 und 7 eingruppiert. Die Kreisstraßen- meister verdienen zunächst 10 Jahre in der Besoldungsgruppe 6 und werden abdam in die Gruppe 7 je eingereiht, daß sie nach 20jähriger Dienstzeit sich in der Stufe 9 der Gruppe 7 befinden. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Kauf des Soldates Südbors.
Der Kreis ist jetzt befreit, für den sozialen Fortschritt zu wirken. Seine Wohlfahrtspflege kann sich leben lassen. Auch für vorübergehende Fürsorge tritt er ein und sucht nach praktischer Durchführung seiner sozialen Fürsorgepläne. Jetzt will er aus dem Anna-Bad in Südbors ein modernes Soldat mit aus- gegliederten Kinderheim machen. Dem Kauf des Bades wurde nach eingehender Beratung von allen Abgeordneten zugestimmt. Wir werden über diese wichtige Angelegenheit noch eingehend berichten.

Als Mitglieder für die Kreisbauernkassette wurden zwei Mütter gewählt, und zwar die Genossin Anna Köllner (Wanz- leben) und Frau Weis (Wanzleben).

Dann brachte die Rechte unter Führung des Bürger- meisters Wenzel (Wanzleben) die Vorlage über die Aufstellung der Kreisbauernkassette für 1927 dazu, die Budget- und Haushaltsfragen des ehemaligen Kreisparteiordners Ferkel (Wanzleben) aufzurollen, um gegen den sozialdemokratischen Landrat und die sozialdemokratische Mehrheit des Kreispar- laments öffentlich eine Attacke zu reiten. Es wurde aber ein Aufschub und führte zu einer glänzenden Rechtfertigung des Ver- haltens und der Beschlüsse des Kreisparlamentes, die in der An- gelegenheit immer fest einstimmig, also auch mit den Stimmen der Bürgerlichen, gefaßt wurden. Landrat Genosse Kelling brachte so viel Material gegen Ferkel vor, daß dieser auch in den Augen der Bürgerlichen moralisch gerichtet sein muß. Wir werden über diese Angelegenheit noch ausführlich berichten.

Die bürgerlichen Redner billigten das Verhalten des Kreis- auschusses, vor allem des Landrats, in der Sache Ferkel, Herr Wenzel tat das als einziger mit Einschränkungen, aber auch er wagte es nicht, die Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen Kreisparlament und Landrat erhoben werden, sich zu eigen zu machen, er verdrängte sich immer wieder hinter die höchst wert- würdigen Gerichtsentscheidungen, die ungunsten Ferkels lauten, aber sagte nicht, ob er nach den Beschlüssen, die der Land- rat in der Sitzung gab, den ehemaligen Kreisparteiordner für das Fehlen eines allprühenden pflichterfüllenden eblischen Beamten hält.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion: „Der Kreis- tag billigt die Haltung des Kreisparlamentes in der Angelegen- heit Ferkel“, wurde mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen. Merkwürdigerweise stimmten die Bürgerlichen, die in ihren Reden die Haltung des Kreisparlamentes gebilligt hatten, nicht für den Billigungsantrag der Sozialdemokraten. Konstant war das nicht. Zunächst sie sich vor den Kreisen, die aus der Ange- legenheit Ferkel gegen Kreisparlament eine politische Botschaft gegen die Sozialdemokraten machen?

Ein Antrag zur Fortsetzung der Verhandlungen wurde ein- stimmig angenommen.

Motivfrei der Landarbeiter

Dann verlas der Landrat folgende Eingabe von 55 Land- arbeitslosen aus der Gemeinde Wolmirsteilen:

Die lange Entlohnung unter Tätigkeit als Land- arbeiter hat uns in eine unerträglich wirtschaftliche Lage versetzt. Unser Notstand ist jahrelang bis zum heutigen Tage un- verändert geblieben. So hat sich unsere Lage zur Katastrophe entwickelt. Wir haben im Laufe der Zeit nur durch die Not gezwungen alle unsere persönlichen Wirtschaftsgüter sowie Lebensmittel veräußert, um aus dem Elend die notwendigen Kleidungsstücke zu beschaffen. Nachdem unsere Habe aufgebraucht war, blieb uns nur die Sorg- und Kreditwirtschaft übrig, welche uns den voll- ständigen Ruin bringen muß. Die Geschäftslente weigern sich berechnungsweise, uns noch Ware ohne Bezahlung zu beschaffen, weil unsere Entlohnung keine Abzahlungsbedingungen bietet. Unsere Arbeitergeber, welche

ausgiebig davon unterrichtet sind, haben bisher für unsere Notlage kein Verständnis gezeigt.

Wir bitten daher den Wohlfahrtsausschuß, unsere Notlage anzuerkennen und unterstützend einzugreifen. Durch eine etwaige Ablehnung unseres Antrags könnte eine Gefährdung unserer Volks- gangen entstehen. Wir bitten daher auch, die zuständigen Regie- rungsstellen auf unsere Notlage hinzuweisen und damit auch ein Einschreiten dieser Stelle zu veranlassen.

Der Wohlfahrtsausschuß hat zu dieser Eingabe er- klärt: „Die wirtschaftliche Notlage wird anerkannt. Die Antragsteller leben nämlich in bedürftigen Verhältnissen. Der Wohlfahrtsausschuß aber kann Unterstützungen nicht bewilligen, weil die Gemeinden eine solche Belastung nicht tragen können. Es wäre Sache des Kreises bzw. der Regierung hier helfend ein- zugreifen.“

Es ist doch ein Skandal sondergleichen, daß wegen der mis- erablen Löhne Leute, die im Arbeitsverhältnis stehen, aus drückend- ster Not heraus, Anträge auf laufende Unterstützung ihrer Fa- milien stellen müssen, weil sie nicht in der Lage sind, für ihre Familien von dem geringen Verdienst das Lebensnotwendigste zu beschaffen.

Genosse Schrader unterstützte warm die Eingabe der Land- arbeiter und schilderte mit beredten Worten ihre große Not. Die Eingabe wurde einstimmig befürwortend an die Re- gierung weitergegeben.

Mit einem Dank an die Abgeordneten für die Arbeit schloß Genosse Kelling die interessante Kreistagsitzung. —

Nachrichten aus der Provinz

Zum Nachdenken für Unorganisierte

Der Duisburger Parteizeitung entnehmen wir: Ich trete dem Verbande nicht bei, spare mir lieber die Summe, die ich als Verbandsmitglied zahlen müßte, und habe dann mehr, als wenn ich Verbandsmitglied bin. So lautet immer wieder die Begründung für das Abbleiben von der Organi- sation.

Schon unendlich oft ist diesen Arbeitnehmern gesagt und be- wiesen worden, daß ihre Rechnung falsch ist.

Dieser Beweis erbringt mit zwingender Deutlichkeit auf- neue eine Veranschaulichung des Verbandes der graphischen Hilfs- arbeiter und -arbeiterinnen, die einwandfrei nachweist, daß allein im vergangenen Jahre in einer Kölner Druckerei 25 Arbeitern und Arbeiterinnen zusammen

ein Lohnausfall von 16 000 Mark erwachsen ist, weil sie nicht organisiert waren. In dem ange- führten Beispiel zeigt sich auch, daß die Unorganisierten nicht in jedem Falle darauf rechnen können, Nachteile der Vorteile zu sein, die von den Organisierten erkämpft worden sind. Leider ist es heute noch viel zu oft möglich.

Die in Frage kommende Firma fällt als „gemischter Be- trieb“ nicht ohne weiteres unter den Reichshilfsarbeiterarif. Nach diesem hätten die weiblichen Hilfsarbeiter Löhne von wöchentlich 16,13 bis 20,28 Mark zu beanspruchen gehabt. Bei den männ- lichen Hilfsarbeitern wären Löhne von wöchentlich 14 bis 42 Mark in Frage gekommen.

Mit den geleisteten Heberstunden wären nach dem Tarif für Frauen 17,89 bis 32,43 Mark und für Männer von 15,49 bis zu 46,55 Mark zu beanspruchen und ein- tragbar gewesen.

Erhalten haben die weiblichen Hilfsarbeiter aber nur 12 bis 23 Mark und die Männer nur 14 bis 27 Mark, und zwar bei wöchentlich 32 1/2 Arbeitsstunden. Insgesamt haben die 25 Per- sonen im vergangenen Jahre also 16 000 Mark Lohn eingebüßt. Dabei ist der Verdienstausfall noch nicht einmal mitgerechnet, der durch den Ausfall von „Bronze- und Puderzulegen“ entstanden ist, was es überhaupt nicht in Geld umzurechnen die

Schädigung durch Ausfall der Ferien, die der Tarif vorsieht, die die Firma dem unorganisierten Per- sonal natürlich nicht gewährt.

In Beiträgen für die Organisation hätten die betreffenden Arbeiter und -rinnen insgesamt etwa 1200 Mark zu zahlen gehabt. Was fangen die schlauen Arbeiter und Arbeiterinnen jetzt wohl mit ihren „gesparten“ 14 800 Mark an?

Dieses Beispiel zeigt wie viele andre, wie gedankenlos oft- mals noch Arbeiter und Angestellte ihre Interessen vernachlässigen. Mögen alle endlich erkennen, daß die Verbandsvereine nicht un- nötig ausgenutzt werden, sondern dem Organisierten Vorteile mannigfacher Art bringen. Die Unorganisierten helfen den In- dustriellen Geld verdienen. Sie sollten sich schämen.

Staatsmittel für Moor Kultivierung und Gemüsebau

Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Vereinfachung von Staatsmitteln zur Ur- barmachung von staatlichen Mooren und zur Förderung des Ge- müsebaues im staatlichen Wiesmoor (Ostpreußen), Regierungs- bezirk Aurich, überwiesen. Wie der „Auricher Preussische Presse- dienst“ dem Gesetzentwurf entnimmt, soll dem Staatsministerium ein Betrag von 10 200 000 Mark für die genannten Zwecke zur Verfügung gestellt und durch den Finanzminister im Wege des Kredits beschafft werden.

Wie es in der Begründung heißt, sind in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein noch rund 10 200 Hektar, mit Einschluß der Flächen neu hinzugezweckter Moore, zu kultivieren. Die Kosten für Kultivierungs- und Aufschließungsarbeiten sowie für die Einrichtung von Moorwärdnern stellen sich jährlich auf durchschnittlich 1 600 000 Mark, so daß für 5 Jahre 8 000 000 Mark erforderlich sind.

Im Jahre 1925 wurden in Deutschland rund 4 400 000 Doppelzentner Frischgemüse im Werte von 180 000 000 Mark ein- geführt. Hiervon entfielen auf Gurken 750 476 Doppelzentner im Werte von rund 43 000 000 Mark und auf Tomaten 486 041 Doppelzentner im Werte von rund 21 000 000 Mark. Der größte Teil der Gurken und Tomaten kommt aus Holland. Im Wies- moor in Ostpreußen herrschen dieselben Witterungsverhältnisse wie in Holland, und ebenso steht dort Leegmoor in erheblichem Umfang auf den von den Nordwestdeutschen Kraftwerken und den zur Gewinnung von Handflächstoff ausgelegten Flächen zur Ver- fügung. Diese gleichartigen Vorbedingungen und die günstige Ein- wirkung der holländischen Gärtnereibetriebe haben die Nordwest- deutschen Kraftwerke, deren Aktienmehrheit sich im Besitz des Staates (Staatsministerium) befindet, bereits veranlaßt, mit der Anlage von Glaskulturen zum Anbau von Gurken und Tomaten vorzugehen. Die ersten Gurken und Tomaten kamen im Frühjahr auf den Markt mit dem Erfolg, daß sie bis 25 v. S. teurer be- zahlt wurden als die holländischen Früchte. Auf Grund dieses günstigen Ergebnisses, das insbesondere in pädagogischer Richtung durch die Bevölkerung zum Ausdruck kam, haben die Nordwest- deutschen Kraftwerke bereits 11 000 Quadratmeter unter Glas gebracht, und die Gesamtanlage soll baldigst auf 50 000 Quadrat- meter gebracht werden.

Von allen Sachverständigen, die im Laufe des Jahres 1926 die Anlage befragt haben, ist diese als müßtergültig und in hohem Maße erfolgversprechend angesehen worden. Infolgedessen ist Ge- plant, seitens der Domänenverwaltung des Landwirtschaftsmini- steriums ebenfalls mit der Förderung des Frischgemüsebaues nach holländischem Muster vorzugehen, und zwar durch Anhebung von selbständigen Gärtnern als Siedler. Es sollen 50 Gärtnersied-

Der Unsinn der Gutsbezirke

Die Aufhebung der Gutsbezirke ist eine dringende Notwendigkeit. In verschiedenen Artikeln haben wir bereits auf die Ungerechtigkeit des Bestehens der Gutsbezirke hingewiesen. Der ganze Unsinn dieser Gebilde kann man sich am besten an einem Beispiel aus unserm Bezirk klarmachen.

In der Freitagsitzung zu Wangleben wurde die Eingemeindung der beiden Gutsbezirke Domäne Marienstuhlfeld und Domäne Egel in die Stadt Egel mit den Stimmen der Deutschnationalen einstimmig beschlossen. Leider kommt solcher Beschluß nur einer gutschicklichen Keulung gleich; die Entscheidung trifft der Bezirksausschuß. Wir wollen nun an Hand der Begründung der Eingemeindungsborlage zeigen, daß die Gutsbezirke Schmarotzer am kommunalen Körper des Staates sind.

Die Frage der kommunalen Vereinigung der Gutsbezirke Domäne Egel und Marienstuhlfeld mit der Stadtgemeinde Egel schwebt bereits seit längeren Jahren. Die städtischen Körperschaften haben sich für die Eingemeindung der genannten beiden Gutsbezirke ausgesprochen; dagegen haben sich die Regierung, Abteilung für Domänen und Forsten in Magdeburg — als Vertreterin des Besitzers, des preussischen Domänenfiskus — und das Landesdomänenamt in Braunschweig, also die Regierungsteile gegen die Eingemeindung der Gutsbezirke ausgesprochen.

Nach den Bestimmungen, und zwar nach § 2 Absatz 3 der Städteordnung in Verbindung mit § 2 Ziffer 8 und 6 der Landgemeinbeordnung ist die Vereinigung der Gutsbezirke mit dem Stadtbezirk auch gegen den Willen der Beteiligten zulässig, sofern das öffentliche Interesse dies erheischt. Das Vorliegen des öffentlichen Interesses zu der beantragten Eingemeindung wird von dem Magistrat der Stadt Egel damit begründet, daß infolge der örtlich verbundenen Lage ein erheblicher Widerstreit kommunaler Interessen entstanden ist.

Der Gutsbezirk Domäne Egel wird zur Hälfte mit der westlichen Seite vom Stadtbezirk Egel umschlossen und der Gutsbezirk Marienstuhlfeld liegt sogar mitten in der Stadt eingeschlossen. Die Wirtschaftsbauwerke der Gutsbezirke sind derart mit den Häusern der Stadt verbunden, daß sich ein Uebergang vom Stadtbezirk zu den Gutsbezirken überhaupt nicht bemerkbar macht.

Es liegt aber auch ein erheblicher Widerstreit kommunaler Interessen vor, und zwar beim Schulwesen, bei der Armenpflege, bei dem Wege- und Straßenbau, beim Wohnungs- und Feuerlöschwesen usw.

Beim Schulwesen ist auch durch das Bestehen des Gesamtschulverbandes der Widerstreit kommunaler Interessen nicht behoben. So zahlte im Jahre 1924 zu den Gesamtausgaben in Höhe von 7 381 Mark der Gutsbezirk Marienstuhlfeld 1688 Mark und der Gutsbezirk Egel 885 Mark, während die Stadtgemeinde Egel zur Deckung des Schulbetriebs 37 427 Mark allein aufbringen mußte. Für die 27 Kinder der beiden Gutsbezirke muß eine Lehrerstelle mehr gehalten werden. Von dem Gesamtschulbetriebe entfallen auf eine Lehrerstelle, da 17 Stellen vorhanden sind, etwa 4500 Mark. Dagegen haben beide Gutsbezirke zusammen hierzu nur 2541 Mark gezahlt. Würden sie eine eigene Schule unterhalten, dann müßten sie die vollen Schulunterhaltungskosten in Höhe von 4500 Mark allein tragen. Nicht dagegen trägt den Differenzbetrag die Stadt Egel allein. Die von den beiden Gutsbezirken geleisteten Beiträge sind mithin unzulänglich.

Zur Armenpflege ist zu bemerken, daß die beiden Domänen auf dem Grund und Boden ihrer Gutsbezirke nur eine beschränkte Anzahl von Bewohnern besitzen, welche zu ständigen Wohnungen für Arbeiterfamilien dienen. Zwar sind Arbeiterkasernen darauf vorhanden, doch werden diese fast ausschließlich zur Unterbringung nicht ständiger Arbeiter und Arbeiterinnen (Saisonarbeiter) benutzt. Das sind Personen, welche armenrechtlich nur verhältnismäßig sehr geringe Erwerbsmittel verursachen. Dagegen steht es fest, daß ein nicht geringer Teil der ständigen

landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen der beiden Domänen im Stadtbezirk wohnhaft ist, und zwar zum Teil in Häusern, die im Eigentum der Domänenverwaltung stehen. Hieraus ergibt sich von selbst die Tatsache, daß die Stadt Egel mit der Armenlast für Personenzwecke behaftet ist, die in den Gutsbezirken in Beschäftigung stehen. Auch müssen Leute, die in den jungen Jahren in den Gutsbezirken gearbeitet und gewohnt haben, wenn sie verheiratet sind, für jüngere Arbeiter die Wohnung räumen und in den Stadtbezirk ziehen, wo sie dann der öffentlichen Fürsorge anheimfallen, zu welchen Kosten die Stadt 30 Prozent beizutragen hat. Jetzt wohnen 22 Personen, die früher in den beiden Gutsbezirken beschäftigt wurden, mit ihren Familien in Egel, wo sie Sozialrente oder Armenunterstützung erhalten.

Auf dem Gebiete der Wege- und Straßenunterhaltung bestehen ebenfalls Unzulänglichkeiten verschiedenster Art. So hat die Domäne Marienstuhlfeld nur von den städtischen Straßen aus Zugang zu den Wirtschaftsbauwerken, bei der Domäne Egel besteht ein solcher zum größten Teil. Vorwiegend werden von den Gespannen der beiden Domänen wichtige Straßen der Stadt benutzt, besonders für die Rüben- und Zichorienanfuhr.

Durch die Benutzung der Straßen durch die schweren Fuhrwerke der Domänen, ferner durch ihre Reinigung durch die Fahrzeuge aus den beiden Gutsbezirken wird die Stadt in erheblichem Maße belastet und benachteiligt, ohne daß sie in der Lage ist, die Gutsbezirke irgendeiner zur Mitrtragung der Nachteile heranzuziehen. Erst im Jahre 1925 mußten die Schloßstraßen und ein Teil des Breiten Weges neu gepflastert werden, wodurch die Stadt etwa 10 000 Mark Kosten entstanden sind. Solange die beiden Domänen eigne Gutsbezirke bilden, können sie zur Mitrtragung dieser Lasten nicht herangezogen werden.

Auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens machen sich Unzulänglichkeiten geltend. Um eine gerechte Verteilung der Wohnungen vornehmen zu können, erscheint es unbedingt erforderlich, daß die Stadtverwaltung in der Lage ist, auch über die Werkwohnungen, die in den Gutsbezirken liegen, eine Kontrolle auszuüben. Diese Notwendigkeit macht sich in den Fällen bemerkbar, in denen Werkwohnungen in der Stadt zu vergeben sind und wo geprüft werden müßte, für welche Wohnungsuchenden die Werkwohnungen gerechterweise in Anspruch genommen werden sollen. Gerade die Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Wohnungswesens und die Tatsache, daß die Wohnungen innerhalb der Gutsbezirke dem Zutritt der städtischen Verwaltung entzogen sind, tragen viel zur Verunreinigung der städtischen Einwohner bei. Gehört es doch mit zu den größten Schwierigkeiten des Wohnungsamtes, für frühere landwirtschaftliche Arbeiter Wohnungen zu beschaffen, die in der Industrie besser bezahlte Beschäftigung gefunden haben und infolge Ausscheidens aus dem bisherigen Arbeitsverhältnis ihre Werkwohnung räumen mußten.

Ferner sind die beiden Gutsbezirke bei den auf ihrem Gebiet ausbrechenden Bränden lediglich auf die in der Stadt Egel bestehende städtische freiwillige Feuerwehr angewiesen, die von der Stadt unterhalten werden muß und die jährlich erhebliche Zuwendungen erfordert. Zu der Unterhaltung der Feuerwehr werden jedoch von den beiden Gutsbezirken keinerlei Beiträge geleistet. Außer diesen Unzulänglichkeiten hat der Magistrat zu Egel auch noch das Projekt einer Gesamtkanalisation, der die beiden Gutsbezirke angeschlossen werden müssen, Anlaß zur Stellung des Eingemeindungsantrags gegeben.

Aus dieser Schilderung geht deutlich hervor, daß es widersinnig wäre, die Gutsbezirke selbständig zu lassen. So wie in dem Falle der Stadt Egel liegt es auch bei vielen andern Gemeinden, die Gutsbezirke in ihrer Nähe haben. Die neue Landgemeinbeordnung muß also unbedingt die Bestimmung enthalten, daß die Gutsbezirke verschwinden.

lungen zu je 4 Hektar ausgelegt werden; jede Stelle soll vollständig ausgerüstet werden. Die Anlage hat den Erwartungen vollkommen entsprochen; die Siedlung wird deshalb dazu beitragen, einen Teil des Bedarfs an Tomaten, Gurken und Zierkräutern im Inlande selbst zu decken.

Kreis Wangleben

Schwindelerei der deutschnationalen „Tageszeitung“. Die deutschnationale „Magdeburger Tageszeitung“ veröffentlichte in ihrer Nr. 38 vom 15. Februar folgenden Schwindel:

Nemkersleben (Kreis Wangleben), 14. Februar. Eine n gemeinen Ueberfall verübten drei angeheuerte, Reichsbanneruniform tragende junge Burken, die auf den landwirtschaftlichen Arbeiter K. Krüger, Jungstahlhelmer, nach mehrfachen Anrempelungen einschlugen. In dem Handgemenge erhielt K. einen Messerstich in die rechte Hand, der die Sehnen zerschchnitt. Der Verletzte mußte sofort einen Arzt aufsuchen.

Wie fein werden hier wieder einmal Reichsbannerleute verfeuert. Die ganze Geschichte, die das deutschnationale Blatt veröffentlicht, ist einfach aus den Fingern gezogen. Zwei Augenzeugen, die den angeblichen Ueberfall mit angesehen haben, berichten folgendes: Von einem Handgemenge mit Reichsbannerleuten und einer Verletzung durch einen Messerstich ist auch nicht ein Wort wahr. Krüger befand sich in Hilzpanntoffeln auf einem Fahrrad auf der Fahrt von Nemkersleben nach Groß-Nobensleben, wozu er ein Paket befördern wollte, das er am Rade festgemacht hatte. Zwischen Bergen und Groß-Nobensleben stürzte er mit dem Rad und zog sich dabei eine Verletzung an der Hand zu, wahrscheinlich am Knie, so daß eine stark blutende Wunde entstand. „So hat sich der Ueberfall“ durch Reichsbannerleute zugezogen. Der Verunglückte hat den Schwindel von dem Ueberfall aufgebracht, um vom Stahlhelm als Märtyrer eine Unterstützung zu bekommen. Und die deutschnationale „Tageszeitung“ verbreitet erfreut diesen Schwindel. Das ist echt deutschnational.

Groß-Ottersleben

Eine öffentliche Volksversammlung findet Donnerstag den 24. Februar im „Weizen Schwan“ (Ranze) statt. Referent ist der Abgeordnete W. W. W. (Potsdam). Die gesamte Einwohnerzahl unseres Ortes ist vom Reichsbanner dazu eingeladen.

Biesendorf

Vielüber-Vortragsabend am Freitag bei Buchmann, veranstaltet vom Reichsbanner. Alle Volksgenossen laden wir dazu ein. Der Vortrag heißt: „Im Wandel der Zeit“.

Saalmersleben

Parteiversammlung am Montag den 22. Februar in der „Reichshöhle“, Zimmer rechts, um 10 Uhr. Tagesordnung: 1. Zu Ehrts Gedächtnis. 2. Bericht über den Unterbezirksitag. 3. Die politische Lage.

Sülldorf

Eine Gemeindevorstandersitzung fand am Montag abend 8 Uhr im Gasthof zum schwarzen Adler statt. Zwei neue Vertreter wurden eingeführt. Es sind dies Justizrater Wetzling (Würgerl.) und Frau Wenzel (K. R.). Ein Antrag des Trichinenjägers Franz Richard auf Verzicht von 150 Mark für Verzweck wurde ohne weitere Diskussion angenommen. Die Freie Turnerschaft und der Sportklub hatten einen Antrag eingebracht, nach dem der Landessportverband am Sportplatz vermindert werden sollte, auch sollte für den Landessportplatz durch Drainage gesorgt werden. Die beiden der Landesgemeinde seien auch im Gebiet des Spielplatzes. Alle diese Punkte mußten reiflich erwogen und wegen der zu hohen Kosten nochmals zurückgestellt werden. Der Spielplatz soll jedoch weiterhin eingekircht werden. Unter Vorsitz wurde angeordnet, ob die Bezirkskommission noch nicht wieder gewählt wird. Genosse Wille wies darauf hin, daß erst neue Statuten ausgearbeitet werden, jedoch die Wahlverfahren feststellen. Der Gemeindevorstand machte nochmals bekannt, daß die Vorarbeiten von 11 bis 1 Uhr dem Publikum eingesehen werden müssen, da sonst ein gefährliches Verbot nicht möglich ist.

Eine Festkollegienfeier wurde im Gasthaus bei Julius Thiele abgehalten. Lehrer Wallas hielt einen Vortrag über Festkollegien Leben und Wirken. Umrahmt wurde die Feier von Gesängen und Rezitationen der Kinder. Der Gemeindevorstand, Genosse Wille ließ den Vortragsgegenstand an Eltern und Kinder, den Lehrern keine Schwierigkeiten zu machen, damit auch sie Freude haben an dem Werke, das Festkollegien begonnen hat. Zum Schluß wurden noch einige Lieder von Frau Wallas gesungen. Der Besuch war nur schwach.

Stadtkreis Burg

Parteiversammlung. In der Parteiversammlung sprach Genosse Dr. Köpflin über „Freidenkertum und Sozialismus“. Redner schilderte den Weg, den der Gedanke des Freidenkertums genommen hat, um seine heutige Stärke zu erreichen. Durch seinen hingebenden Kreise mit der heutigen Stärke gebrochen. In längeren Ausführungen schilderte der Redner die Entwicklung der sozialistischen Vorkämpfer Marx, Engels und der andern zu Revolution und Sozialismus. Mit welchem Entz diese Frage beantwortet wurde, beweist der erste Parteitag in Götting 1869, auf dem damals wurde, die Religion als Hindernis zu erklären, des weiteren Krampf von Kirche und Staat, Kirche und Schule. Redner wendet sich dann der Bewegung der Freidenker zu und berührt auch die Frage der Feuerbestattung. Jeder Genosse, der mit der Sache verbunden hat und ausgetreten ist, möchte es sich zur Pflicht machen, dem Verein der Freidenker beizutreten und dem andern Feuerbestattungsdirektion überzugeben. Redner schloß mit dem Redner gewollt. Genosse W. in B. geht bekannt, daß jeden Freitag im Gewerkschaftshaus Annehmungen zu dem Verein für Freidenker angenommen werden. Von der Unterbezirkskommission gibt Genosse W. in B. den Bericht. Nach dem Bericht selbst haben wir bereits ausführlich berichtet. Eine sehr interessante Sitzung gab es in der Kreisversammlung werden die Genossen B. Berner, Koppel, Dittmar und Anna Tsch. gemacht. In der Bezirkskongressanfrage wurde die Genossen Tsch. mit Genosse W. in B. Bericht über die Tätigkeit der Stadtkreisverwaltung. Er gibt die Tätigkeiten der Kreise in Bezug auf die Parteiarbeiten im Stadtkreis an und berichtet, daß die „Freidenkerzeitung“ Redaktionen der Kommunisten. Über die Bedeutung der Freidenker für individuelle Unternehmungen wird ebenfalls berichtet. Jeder Weg, der zur Befreiung von Arbeit führt, kann, auch gegangen werden. In der letzten Bericht, Tsch. ist eine sehr interessante an. Es wird die Tätigkeit der Kreise angedeutet. Mit der Freidenkerzeitung unter der Leitung von Tsch. ist die gut bestellte Zeitung.

Die Kreisversammlung der morgen Donnerstag stattfindende Parteiversammlung in der „Reichshöhle“.

Freitag. Gestern benachrichtigt 104 Uhr wurde die freiwillige Feuerwehr nach dem Grundbuch zwischen den Häusern 2 und 3 in der Straße gebaut. Dort befindet sich zur Zeit ein Grundbesitz, der als Feuerwehrgelände bezeichnet wird. In der Sitzung haben über 20 Personen für den Bau der Feuerwehr gesprochen. Das Haus ist in einem guten Zustand und dem Eigentümer der Feuerwehr kann die Gebäude in besten Zustand sein. Die Freidenkerzeitung hat heute das Haus auf das neue Gebäude übertragen. Das werden die Freidenker nicht zu sehr in der Freidenkerzeitung. Das Haus befindet sich in einem guten Zustand. Das Haus ist die Freidenkerzeitung in der Freidenkerzeitung.

Der Vorstand der Freidenkerzeitung hat heute eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Freidenkerzeitung berichtet. Die Freidenkerzeitung hat heute eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Freidenkerzeitung berichtet. Die Freidenkerzeitung hat heute eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Freidenkerzeitung berichtet.

und die Handarbeit kommt erst nach. Für die Amon-Versammlung am 1. März sind die Vorbereitungen auch in vollem Gange. Wir erwarten, daß sich die „Jugendhalle“ als zu klein erweist. Ferner hat der Verein auch einen Antrag um Aufnahme an das hiesige Kulturamt gestellt. Da die Arbeiten des Vereins vor allem Kulturarbeiten sind, wird auch wohl der Aufnahme nichts im Wege sein.

Kreis Jerichow

Sozialdemokratischer Verein. Am Freitag abend 8 Uhr in der „Reichshöhle“ wichtige Parteiversammlung.

Biederitz

Der Landarbeiterverein versammelt am 26. Februar, abends 8 Uhr, im Königshorn, Gasthof zur grünen Tanne, eine Kundgebung mit vielüber-Vortrag. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist erwünscht. Landarbeiterverein und Landarbeiter, beteiligt auch alle an der Kundgebung.

Güls

Die Reichsbannerversammlung war gut besucht. Zu der am 6. März in Burg stattfindenden Kreisversammlung wurde Kamerad F. F. F. delegiert. In der Parteiverammlung am 26. Februar in Königshorn bewilligt sich die gesamte Ortsgruppe.

Wienz

Die Reichsbannerversammlung war gut besucht. Zu der am 6. März in Burg stattfindenden Kreisversammlung wurde Kamerad F. F. F. delegiert. In der Parteiverammlung am 26. Februar in Königshorn bewilligt sich die gesamte Ortsgruppe.

Kreis Wolmirstedt

In einer Freidenkerversammlung findet am Sonntag den 27. d. M. abends 8 Uhr, bei Wendt der ehemalige Franziskanerpatre Hans Amon (Gumbert). Die arbeitende Bevölkerung ist hierzu eingeladen.

Döbenstedt

In einer Freidenkerversammlung findet am Sonntag den 27. d. M. abends 8 Uhr, bei Wendt der ehemalige Franziskanerpatre Hans Amon (Gumbert). Die arbeitende Bevölkerung ist hierzu eingeladen.

Dahlenwarsleben

Eindruck im Schulgrundstück. In der Sonnabend drangen viele in das neue Schulgrundstück ein. Als sie das Haus durch ein Fenster der dritten Etage wieder verlassen, hielten sie einige Schulkinder, drei Paar Schuhe und zwei Geigen mitgehen. Einige Schulkinder wurden zur Entdeckung der Täter geführt.

Die Freidenkergruppe versammelt am Sonntag den 27. Februar in Dahlenwarsleben einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangt ein Drama in vier Akten. Es wird den Dahlenwarslebener Kameraden ein geschäftliches Abend gegeben werden.

Reichsbanner-Vorstand. Am 22. Februar, dem Gründungstag des Reichsbanners, wurde abends 8 Uhr ein Gedächtnisabend abgehalten, der eine sehr gute Beteiligung aufwies. Das Reichsbanner ist in unserer Ortschaft wieder vertreten, hielten die Freidenkerzeitung hat heute eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Freidenkerzeitung berichtet.

Die Freidenkerzeitung hat heute eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Freidenkerzeitung berichtet. Die Freidenkerzeitung hat heute eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Freidenkerzeitung berichtet. Die Freidenkerzeitung hat heute eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Freidenkerzeitung berichtet.

Schnarsleben

Der Franziskanerabend zum Freidenker. Nach dieser Abend fand am Sonntag den 26. d. M. abends 8 Uhr, am Lokal des Herrn Gumbert der ehemalige Franziskanerpatre Hans Amon (Gumbert). Männer und Frauen des westlichen Volkes, erbeten wir Sie zu dieser Veranstaltung.

Reichendorf

Die Freidenkerzeitung hat heute eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Freidenkerzeitung berichtet. Die Freidenkerzeitung hat heute eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Freidenkerzeitung berichtet. Die Freidenkerzeitung hat heute eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Freidenkerzeitung berichtet.

hierdurch gleichzeitig die Vertreter des Gesangs, des Theaters, des Turn- und des Schrebergartenvereins mit ein. Desgleichen bitten wir die S. P. D. und das Reichsbanner, Vertreter zu entsenden. Es müssen auch die Neuwahlen des Ortskartells durchgeführt werden. Beginn pünktlich um 8 Uhr.

Angern

In öffentlicher Versammlung der Arbeitsinvaliden und Witwen sprach der Genosse Adolf Jacobs (Langenweddingen) über soziale Fürsorge. Seine Ausführungen gaben ein treffliches Bild über das Arbeitsinvalidengesetz vor und nach dem Kriege. Das Gesetz unter den Arbeitsinvaliden ist groß; deshalb ist es Pflicht eines jeden einzelnen Sozialhilfsbedürftigen, sich dem Zentralverband der Invaliden anzuschließen. Diese Organisation nur kann uns eine Besserung bringen. Der Redner betonte noch ausdrücklich: „Wenn unser Verband auch politisch tendenzlos ist, so haben wir uns doch für alle Wahlen, im besonderen für die Kreis- und Gemeindevorwahlen zu interessieren. Gerade die Kreis- und Gemeindevorwahlen sind die sozialen Zuschüsse festlegen. So kann ich Ihnen von mir persönlich sagen, daß ich Sozialdemokrat bin und daß gerade die Partei, der ich angehöre, für die Hilfsbedürftigen und sozialen Rentenempfänger das Beste getan hat. Lassen Sie sich nicht von andern Leuten betören, für uns gibt es nur den Anschluß an die große Arbeiterpartei und ein Gelingen in den Zentralverband!“ In der Ansprache wurden dann noch verschiedene Fragen beantwortet. Die Versammlung sollte dem Redner großen Beifall. Die gegründete Ortsgruppe wird zunächst der Ortsgruppe Rogätz angegliedert.

Rogätz

Wer ist die tote? Am Dienstag nachmittag um 2 Uhr wurde aus der Erde eine weibliche Leiche gefastet, ungefähr 1,60 Meter groß, mit dunkelblondem Haar. Bekleidet war sie mit graugrünem Tuchmantel mit fünf Hornknöpfen und dunkeln Schlupfkleid mit einem grünen Streifen vorn bis zur Taille, der mit 14 blauen Knöpfen besetzt ist, weißem Wadentunterrock, weißer Unterhose, weißem Hemd mit Aufschluß, blauem Schürzer schwarzen Gummiumarmbändern, schwarzen baumwollenen Strümpfen, Spangenschuhe mit zwei Spangen. Oberkörper fallendes Gebiß, Drauring breit (gezeichnet R. M. 14. 7. 97, gezeichnet 585).

Wolmirstedt

Konzertabend des Handwerker-Gesangsvereins am 26. Februar in Ranzes Festhale. Im zweiten und dritten Teile gehen sich die Vereine Harmonie Wolmirstedt, M. G. F. Eiben, M. G. F. Götting, Gemischter Ober-Samstag, M. G. F. Glindenberg und M. G. F. Rogätz vom Unterbezirk 6 des Arbeiter-Sängerbundes ein. Die Freidenkerzeitung hat heute eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Freidenkerzeitung berichtet.

Kreis Neuhaldensleben

Neuhaldensleben

Der Ortsauschuß. In der letzten Vertreterversammlung waren 23 Vertreter der Gemeindevorstände anwesend. Genosse Feldmann gab eine Einladung des Reichsbanners zur Parteiversammlung bekannt. Zu den Ortsauschüssen soll regelmäßig ein Vertreter der Volksfürsorge geladen werden. Die Mitgliederzahl der dem Ortsauschuß angehörenden Gemeindevorstände beträgt 2303 männliche, 340 weibliche und 88 jugendliche, insgesamt 2731 Mitglieder. Eine Freidenkerzeitung hat heute eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über die Freidenkerzeitung berichtet.

mit der Behandlung der Sozialversicherung. Da am Montag den 28. Februar eine öffentliche Freidenkerversammlung stattfindet, wird beschließen, die nächsten Unterrichtsstunden auf Mittwoch den 2. März zu verlegen. Der Ortsausschuß Groß-Hamburg des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat eine Heimstätte für reisende Gewerkschaftler errichtet, deren Benutzung empfohlen wird. Der Inhalt der Bundesmitteilung und eines Rundschreibens des Bezirksausschusses wird zur Kenntnis genommen. Beschlüssen wird ferner die Maske in diesem Jahre gemeinsam mit der Partei abzuhaken. Die Vorbereitungen soll eine gemeinsame Kommission erledigen. Längere Ausführungen wurden gemacht über das Ueberstundenwesen. Ferner gab ein Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes einen kurzen Bericht über den Stand der Tarif- und Lohnverhandlungen.

Parteiversammlung am Freitag am Freitag abend 8 Uhr. Vortrag des Genossen Bürgermeisters C. Müller über Kommunalpolitik. Alle Parteimitglieder, vor allem Stadtverordnete und Magistratsmitglieder, müssen erscheinen.

Witbaldensleben

Vom Franziskanermönch zum Freidenker. Ueber dieses Thema spricht am Montag den 28. Februar, abends 8 Uhr, bei W. Herzog in Reuthaldensleben der frühere Franziskanermönch A. Mon.

Zu der Generalversammlung der Begräbnis-Beihilfskasse wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Der Kassierer H. L. P. erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. In dem Geschäftsbericht gab er bekannt, daß im Jahre 1926 30 Mitglieder verstorben sind, und zwar im Alter von 21 bis 80 Jahren 8, von 31 bis 40 Jahren 1, von 41 bis 50 Jahren 1, von 51 bis 60 Jahren 5, von 61 bis 70 Jahren 7, von 81 bis 90 Jahren 5, über 90 Jahre 1. Insgesamt sind seit Bestehen der Kasse, vom 1. April 1923 bis jetzt 143 Mitglieder gestorben. Die Mitgliederzahl betrug im Vorjahr 1630; an auswärtigen Mitgliedern zählt die Kasse zurzeit 74. Durch Tod ausgeschieden sind im Vorjahr 30, ausgestreut 15, neu angemeldet 50 Mitglieder. Die Gesamteinnahme betrug 2208 Mark bei einer Ausgabe von 2008,05 Mark. Das Eintrittsgeld für 1927 wurde bei einem Alter bis zu 30 Jahren auf 1 Mark, von 31 bis 40 auf 2 und von 41 bis 50 Jahren auf 5 Mark festgesetzt. Von einer Minderung des Sterbegeldes, das 100 Mark beträgt, wird vorläufig Abstand genommen.

Diebstahl bei Schmelzer & Gerike. Wieder einmal hat die Landjägerci mehrere Personen feststellen können, die aus dem Strich der Firma Schmelzer & Gerike Steingutgeschirre entwendet und damit auch einen Handel betrieben haben. Das Geschirre ist sogar in Mitten mit der Eisenbahn als Kradgut verladen worden.

Sommerschenburg

Die Turnerbrüderschaft Harbte hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den Turn- und Sportverein Sommerschenburg 21 durch ein Bühnenschauturnen verbend zu unterstützen. Lange Übungsstunden waren nötig, um dem reichhaltigen Programm des Abends zum guten Gelingen zu verhelfen. Ohne Rücksicht auf den weiten Weg zogen die Frauen-, Damen-, Turner- und Knabenriegen, begleitet von vielen am Sport interessierten Genossinnen und Genossen hinauf zur Sommerschenburg, so daß die Zahl der Besucher aus Harbte auf nahezu 100 gestiegen war. Das zeigt, daß unter der Arbeiterbrüderschaft von Harbte das Solidaritätsgefühl lebt. Daß im Arbeiter-Turn- und Sportbund wahre Körperkultur gepflegt wird, zeigte das ganze Programm. Schon der Massenaufmarsch sämtlicher Riegen unter Absingen der bekannten Sport- und Kampflieder ließ erkennen, daß hier ein frischer Geist und kampfesfroher Wille im Herzen der Arbeiterportler mohn. Turngenosse Junge vom Gruppenvorstand aus Magdeburg war erschienen und hielt eine Ansprache. Es sei Pflicht jedes Arbeiterportlers, sich dem Arbeiter-Turn- und Sportbund anzuschließen, denn die in der Deutschen Turnerschaft organisierten Arbeiter seien nur das Werkzeug einer schwarzweitzotenen Gesellschaft, deren Führung zum Teil in Händen der Böllischen liegt. Dies müßte die Arbeiterbrüderschaft erkennen und sich demonstrativ in die Reihen der Arbeiterportler stellen. Ihre Aufgabe soll es sein, die künftigen Generationen zu einem neuen Menschengeschlecht heranzubilden, sie zu Kämpfern für eine große Idee zu machen, damit jeder einzelne als klassenbewußter Arbeiter seinen Mann steht. Der Turn- und Sportverein Sommerschenburg möge wieder aufblühen. Die Arbeiterportler mögen ihre Kinder schicken. Die Aufführungen in den einzelnen Riegen waren musterhaft. Besonders gefiel die Knabenriege, aber alle gaben ihre beste Kraft. Als neu wurde unsere Frauenriege, die jetzt 16 Turnerinnen zählt, empfunden. Besonderer Erwähnung verdient noch, daß es sich unser Turngenosse Wilhelm Friebebow nicht hatte nehmen lassen, noch einige schneidige Übungen am Barren zu zeigen. Genosse Friebebow ist 62 Jahre alt und besucht noch immer die Übungsstunde der Alto-Herren-Riege. Den Schluß bildete das elektrische Scheitelschwingen, das großen Beifall erzielte. Wir möchten nun aber auch den Kunststörern raten, denen der Alkohol lieber ist als das Stählen des Körpers durch Turnen, künftig zu Hause zu bleiben. Es schloß sich den Darbietungen ein Tanzstränzchen an, das die Turner noch lange zusammenhielt. Ihr Turner und Sportler von Sommerschenburg, macht's nach!

Annendoeß

Ueber Kirche, Feuerbestattung und Arbeiterbrüderschaft spricht am Sonntag den 27. d. M., abends 7 Uhr, im Lokal der Frau Witwe

Otto in einer öffentlichen Versammlung der Genosse Stiller (Magdeburg). Niemand sollte diese Versammlung vermissen.

Wefensleben

Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung veranstaltet am Sonntag den 27. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn Wapenberg eine öffentliche Versammlung. Genosse Stiller (Magdeburg) wird über das Thema „Kirche, Feuerbestattung und Arbeiterbrüderschaft“ referieren. Männer und Frauen, ercheint in Massen!

Kreis Calbe

Öffentlicher Lichtüber Vortrag. Donnerstag abend 8 Uhr hält der Reichsjugendleiter des Reichsbanners Kape im „Hofjäger“ einen öffentlichen Vortrag über „Ereignisse von 1914 bis 1926 in Wort und Bild“. Die Parteigenossen und Genossinnen müssen diesen Vortrag zahlreich besuchen.

Eine öffentliche Reichsbannerversammlung findet am Donnerstag abend 8 Uhr im „Hofjäger“ statt.

Straßenbenennung. Einer Befanntmachung der Stadtbewaltung ist zu entnehmen, daß die neu anzulegende Straße zwischen Auguststraße und Löderburger Bahn den Namen Kalitstraße erhalten soll.

Eine irrtige Auffassung der Polizei. Wiederholt wurde von den Anwohnern der Siedlung an der Löderburger Chaussee Mlage geführt, daß sich in diesem Stadtwiertel fremde Personen unfällig bemerkbar machen. Durch die irrtige Auffassung der Polizeibehörde, daß die Haltung von Wachhunden in der Siedlung nicht notwendig, sondern alle Hundebesitzer dieses Viertels ihre Tiere als Luxus verfeuern müssen, ist hier reichlich Gelegenheit für Diebe. Es wäre ratsam, für jedes Gehöft einen Hund als Wachhund, die ja einer geringeren Steuer unterliegen, zu gestatten, um Diebstähle möglichst zu verhüten.

Calbe

Stillschweigende Änderung der Baufluchtlinie. Herr Stadtrat Hoppe führt in der Querstraße einen Neubau auf. Durch Ortsstatut, das durch den Regierungspräsidenten bzw. den Bezirksausschuß genehmigt worden ist, ist die Baufluchtlinie festgelegt. Danach muß das neu zu erbauende Grundstück wesentlich zurückgerückt werden. Das paßt dem Herrn Stadtrat nicht. Zunächst gibt es auf der Baustelle, wo der Stadtbaumeister die Baufluchtlinie festgelegt hat, eine wenig angenehme Szene. Da der Stadtbaurat Käte mit sich nicht handeln ließ aber trotzdem die Baufluchtlinie nicht innegehalten worden ist, kann diese Änderung nur von dem Magistrat vorgekommen sein. Ein derartiges Verhalten



Handschuhe

Man trägt und sieht sie gerne, wenn sie rein sind.
Ein kurzes leichtes Waschen im milden LUX-Schaum erhält sie schmiegsam und farbenprächtig.
Wildlederhandschuhe sind an der Hand zu waschen und nicht zu spülen.
Zu Ihrem Schutz: LUX Seifenflocken werden nie lose verkauft.

LUX
SEIFENFLOCKEN

„SUNLICHT“ MANNHEIM
L 120



Die meisten Hausfrauen glauben immer noch

es sei nur möglich, mit Butter eine gute Küche zu führen. Demgegenüber kann nicht oft genug betont werden, dass solche Ansichten völlig veraltet sind. Weder an Geschmack, noch an Nährwert, noch an Verdaulichkeit besteht auch nur der geringste Unterschied zwischen Butter und dem vollendetsten Erzeugnis der Margarine-Industrie, der Feinkostmargarine „Blauband frisch gekirnt“, sie ist ein Edelprodukt von ausserordentlichem Wert.



1/2 Pfd. 50 Pfennig

Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche“ gratis.

Die Gesundheit über alles!
Jeder sein eigener Arzt
Selbstbehandlung durch Hausmittel, Biochemie, Homöopathie.
Von Dr. Ludwig Sternheim, Arzt in Hannover.
Preis 5 Mk. in Halbleinen gebunden.
Dieses wertvolle Handbuch enthält die genaue Beschreibung der einzelnen Krankheiten und die zur Heilung notwendigen wirksamen Hausmittel. Schon in der ersten Erkrankung ist der geringe Preis des Buches ein Vorteil.
Buchhandlung Vol. 3. Himmle, Magdeburg, Gr. Poststr. 3.

Grunder in allen Größen, Giesau
Spiegelstraße 16, Fernruf 6194.
Für Feinschmecker Die Delikatess-Hauswirtschaft von Will Stegmann, Braunschweig Str. 1, Das Viktoria-Werk, Telefon 2273.
Best die Feinsten!
Gute Gelegenheiten für Kaffeeliebhaber.
M. H. Schlegel, Berlin, Gr. Poststr. 3.

einer städtischen Körperschaft muß eigenartig berühren. Wenn ein Ortsrat geändert werden soll, so müssen die in Frage kommenden Körperschaften entsprechende Beschlüsse fassen. Diese sind aber vom Magistrat übergegangen worden.

Sie werden nicht alle! Ein angeleglicher Professor Dr. Kapinski hielt in dem kleinen Saale des Gesellschaftshauses von Goll vor nicht bestandenem eine Vorlesung über die Bedeutung der Berliner Prophezeien Weisenbergers Propaganda zu machen. Darüber soll man sich nicht wundern, über die Natur des „Professors“ aber darüber, wie er seine Zuhörer einschätzt. Zum allgemeinen wurde der seitdem bekannte Aufsatz des „Ersten Weisenbergers“ von dem demnächst stattfindenden Weltuntergang vorgelesen. Auch wenn Kapinski den Wöhring noch so oft bezog, so wird er dadurch doch nicht wahr, auch wenn er sich auf den Buddhismus und die Stellung der Erde zum Sonnensystem beruft. Durch diese Vorlesung wollte er natürlich seinem Vortrag einen wissenschaftlichen Anstrich geben. Auch die Verbindung zwischen Weisenberg und Weisenberger hatte keinen Zweck. Um den Prophezeien ins rechte Licht zu rücken, wurde von seinen „Wundern“ und „Tatsachen-erwägungen“ berichtet. Das größte Wunder steht uns aber noch bevor. Interessant war das Verhalten eines früheren Oberbürgermeisters Weisenbergers. Als früherer Meister der hiesigen Jünger hatte er offenbar zu tiefen Einblick in die Verhältnisse, und setzte er darum dem Herrn Professor durch seine Zwischenrufe arg zu. Der Zusammenhang der Dummheit der Menschen kann man nur dadurch begreifen, daß man die Volkserziehung hebt.

Barth

Die Einwohnerzahl sinkt. Als Ergebnis der letzten Volkszählung vom 16. Juni 1925 wurden noch 5547 Seelen festgestellt. Fast jeden Monat meldet unser Bericht über die Bevölkerungsbewegung mehr Fortzug als Zugang. 1885, also vor über 40 Jahren, hatte Barth schon 5673 Einwohner; dabei war der Gutsbezirk mit seinen damaligen 296 Einwohnern noch nicht eingerechnet. Dieser Rückgang um rund 100 Einwohner fällt doppelt ins Gewicht, wenn man bedenkt, daß die andere Seite des Kreises regelmäßiges Wachstum zeigen. Barth steht heute ungefähr da, wo es schon vor 50 Jahren stand; denn 1875 hatte es ohne Gutsbezirk 5073 und mit demselben rund 5400 Einwohner.

Generalversammlung der Jahresarbeiter. Bevor der Geschäftsbericht gegeben werden konnte, ergreifen die Kommunisten als sogenannte „Opposition“ das Wort zur Wahl der Funktionäre. Es kam zu sehr scharfen Auseinandersetzungen, an welchen sich von unserer Seite Geschäftsführer Schiller und die Kollegen Schulte, Strube und Kurthmann beteiligten. Scharf angegriffen wurde vor der Opposition die Verschmelzung Verhö-Casse, welche natürlich nicht mehr zu ändern ist. Geschäftsführer Schiller gab jedoch einen ausführlichen Geschäftsbericht für 1925. Zur Wahl der Funktionäre warferten die Kommunisten mit einer eigenen Liste auf. Da auch von unserer Seite eine Liste eingereicht wurde, schritt man zur Abstimmung, die für uns 41 und für die Kommunisten 29 Stimmen brachte. 2 Stimmen waren ungenügend. Es war also wieder einmal zu sehen, daß die Mehrheit der Kollegen auf unserer Seite steht und nicht die Gewerkschafts-Liste. Wir werden die Herrschaften von Moskau als Ideal vorhalten. Zum Schluß wies der Geschäftsführer auf die Folgen des Lebensunternehmens hin.

Am einen Sonntagabend am letzten Sonntag weiß man hier zu erzählen, bei der einige Teilnehmer unter höchst alkoholischem Einfluß gekannt haben sollen. Das Auto nahm einen Seitenwärtel mit, der mehr von der Angelegenheit erzählt, als die Teilnehmer der Fahrt und ihre Freunde verschreiben können.

Ein diebstahliger Lehrling wurde von der Polizei festgenommen und in Gewahrsam gebracht. Als er nach Hause fahren wollte, fiel dem Wächter der jüngere Knast auf, der, als er geöffnet wurde, fünf ansehnliche Bärte zeigte. Der Lehrling ergriff das Rad des Wächters, um schnell zu verschwinden. Er hätte zu Oker auspacken gehabt.

Eisenberg

Der Verbandsrat der Arbeiterjugend war am Samstag besucht. Die eingeladenen Konfirmanden waren zahlreich erschienen, nur die Konfirmanden der Mädchen durch Abwesenheit. Das ist sehr bedauerlich. Die Darbietungen der Jugend waren gut und fanden großen Beifall. Genosse Brand (Schönebeck) richtete an die Konfirmanden die Mahnung, sich der sozialistischen Arbeiterjugend anzuschließen und forderte sie auf, die Gemahnde der Arbeiterjugend, die jeden Donnerstag in der Schule (Wiener Straße) stattfinden, zu besuchen. Wir rufen an sämtliche Arbeiterkinder die Hilfe. Schluß kurz hinter die Arbeiterjugend. In die Parteigruppen aber ergoß die Aufmerksamkeit, daß mehr als bisher um die Jugend zu kümmern, sonst ist die Gefahr vorhanden, daß die Bewegung am Orte nicht kompakt, nichtwärts geht.

Eppersberg

Der freundliche Vertagsabend der Partei mit dem Thema „Die Frau und die Partei“ war besonders von den Frauen gut besucht. Genosse Eisenberg (Magdeburg) verhandelt es vorzüglich, die Anwesenden zu fesseln. Seine Ausführungen gingen dahin, besonders die Frauen wirtschaftlich freier zu machen, damit sie Zeit und Gelegenheit haben, ihre Kinder besser und interessanter zu erziehen und sie für die von uns erwünschte Volksgemeinschaft zu interessieren. Der Vertagsabend wurde durch einen Festvortrag der Genossin Arning mit in schönster Form einen Vortrag gehalten. Am alle Arbeiter ergoß sich schon der Wahn, zahlreich zu erscheinen. In diesem Sinne schloß der Vertagsabend Genosse Eisenberg mit dem Spruch: —

Schönebeck

Die Vertagsabend der Arbeiterjugend war am Samstag besucht. Die eingeladenen Konfirmanden waren zahlreich erschienen, nur die Konfirmanden der Mädchen durch Abwesenheit. Das ist sehr bedauerlich. Die Darbietungen der Jugend waren gut und fanden großen Beifall. Genosse Brand (Schönebeck) richtete an die Konfirmanden die Mahnung, sich der sozialistischen Arbeiterjugend anzuschließen und forderte sie auf, die Gemahnde der Arbeiterjugend, die jeden Donnerstag in der Schule (Wiener Straße) stattfinden, zu besuchen. Wir rufen an sämtliche Arbeiterkinder die Hilfe. Schluß kurz hinter die Arbeiterjugend. In die Parteigruppen aber ergoß die Aufmerksamkeit, daß mehr als bisher um die Jugend zu kümmern, sonst ist die Gefahr vorhanden, daß die Bewegung am Orte nicht kompakt, nichtwärts geht.

Generalversammlung der Reichsarbeiter am Dienstag, den 1. März, abends 8 Uhr, in der Aula der Volkshochschule. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Generalsekretärs über den Verlauf der Arbeit der Reichsarbeiter und die Aufgaben der Reichsarbeiter für 1926. —

Vertagsabend der Arbeiterjugend am Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr, in der Aula der Volkshochschule. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Generalsekretärs über den Verlauf der Arbeit der Arbeiterjugend und die Aufgaben der Arbeiterjugend für 1926. —

Der Reichsarbeiter der Arbeiterjugend hat am Dienstag, den 1. März, abends 8 Uhr, in der Aula der Volkshochschule, eine Generalversammlung abgehalten, die von dem Generalsekretär des Reichsarbeiter, Genosse Brand, eröffnet wurde. Auf der Tagesordnung stand der Bericht des Generalsekretärs über den Verlauf der Arbeit der Arbeiterjugend und die Aufgaben der Arbeiterjugend für 1926. —

Generalversammlung der Reichsarbeiter am Dienstag, den 1. März, abends 8 Uhr, in der Aula der Volkshochschule. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Generalsekretärs über den Verlauf der Arbeit der Reichsarbeiter und die Aufgaben der Reichsarbeiter für 1926. —

aufgehalten. Der Restbetrag für 1925 ist in der hiesigen Gemeinde bis Ende Februar zu begleichen; der für 1926 hätte bereits bis Mitte Februar gezahlt werden müssen. Falls gegen den Dezember 1926 gestellten Veranlagungsbescheid Einspruch beim Gewerbesteueramt in Calbe a. d. Saale eingelegt ist, kann Einmündung nur in dem Umfang beantragt werden, als Ermäßigung zu erwarten steht. Auch bezüglich Maltenzahlungen sei darauf hingewiesen, daß sie sich in angemessener Höhe und zeitlicher Begrenzung bewegen müssen. Auf die vielfach falsch ausgelegte Bestimmung des § 57 Absatz 3 GewSt. die nur für 1925 in Frage kommt, sei noch hingewiesen. Die Grundlage bilden die „zu leistenden“ und nicht die „geleisteten“ Vorauszahlungen. Außerdem muß beachtet werden, daß die gemeindlichen Zuschläge für die Vorauszahlungen 1000 Prozent betragen haben und mithin auch in dieser Höhe zugrunde gelegt werden müssen. Die Beiträge auf Grundlage Maltenzahlung, Rückzahlung gemäß § 57 Absatz 3 GewSt. und Erlaß, der nur bei „unbilliger Härte“ in Frage kommt, sind an den Magistrat, nicht an den Gewerbesteueramt, einzureichen. —

Stadtfreis Wickersleben

Neue Notstandsarbeit. Der Stadtvorordneten-Versammlung ist noch ein dringlicher Antrag zugegangen, der nicht auf der Tagesordnung steht. Es handelt sich um die Verbesserung des Sportplatzes im Stephanspark. Im vergangenen Jahre stellte die Regierung für turnerische Zwecke den Betrag von 10 000 Mark zur Verfügung. Der Magistrat beschloß, diese Summe zur Errichtung einer vorchristumäßigen 400-Meter-Laufbahn (einer sogenannten Höhenbahn) auf dem dafür in Frage kommenden Platz zu verwenden. Bei Ausarbeitung des Planes stellte sich heraus, daß der Betrag von 10 000 Mark bei weitem nicht zureicht, da der Platz in seiner Abgeschlossenheit erst einer Planierung bedarf, bevor eine Laufbahn angelegt werden kann. Durch die umfangreichen Erdbewegungsarbeiten (es ist eine Senkung von rund 1 Meter auszugleichen) kommt die hohe Zahl von 2400 Tagewerken heraus. Die Gesamtkosten stellen sich auf rund 30 000 Mark. Die Anlegung der Laufbahn soll als große Notstandsarbeit durchgeführt werden. Die Finanzierung ist wie folgt gedacht: Zuschuß aus der Erwerbslosenfürsorge, 2400 Tagewerke je 2,26 Mark, erhaltene Gewerbesteuerumlage 5224 Mark, Regierungsdarlehen, das sich nach ähnlicher Grundlage berechnet, 8186 Mark, der oben erwähnte Zuschuß 10 000 Mark, städtischer Zuschuß 6440 Mark. Zur Begründung der Vorlage an die Stadtvorordneten-Versammlung legt der Magistrat, daß die Errichtung einer Laufbahn im Interesse der sporttreibenden Jugend als sehr erwünscht bezeichnet werden muß. Gleichzeitig wird durch die Ausführung des Vorhabens Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen geschaffen. Die Stadtvorordneten-Versammlung hat also die Annahme des Darlehens zu genehmigen und der Bewilligung der 6440 Mark städtischen Zuschusses zuzustimmen. —

Eine öffentliche Versammlung findet am Freitag den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Neuen Kaffeegarten“ statt. Es sprechen die Lehrer Ziegfeld und Hauert aus Magdeburg über das Thema: „Weshalb fordern wir die weltliche Schule?“ Die Sozialdemokratische Partei fordert ihre Mitglieder auf, zu dieser Veranstaltung reichlich zu erscheinen. —

Von den Kriegsbeschädigtenfiedlungen. Das Baugeschäft, auf dem die Kriegsbeschädigten ihre Fiedlungen an der Mehringer Straße errichtet haben, soll ihnen nach den Beschlüssen der Stadtvorordneten-Versammlung im Wege des Erbbaurechts übertragen werden. Dieser gelang es nicht, eine Grundlage für die Verträge zu finden, mit der beide Teile (Stadt und Kriegsbeschädigte) einverstanden waren. Letztere wollten die Verträge in der vorgelegten Fassung nicht unterschreiben. Nach längeren Unterhandlungen ist jetzt eine Einigung zustande gekommen. Die Kriegsbeschädigten haben erklärt, daß sie bereit seien, den Vertrag in der vorgelegten Form zu unterschreiben, wenn ein Paragraf, der das Ankaufsrecht durch den Erbbaurechtstitel beschränkt, eingefügt wird. Der Magistrat hat dem Antrag zugestimmt. Der Verkauf soll erfolgen unter dem Vorbehalt des Wiederkaufsrechts durch die Stadt zu einem Preise von 30 Wfg. für das Quadratmeter. Die Erbbaupachtverträge werden jetzt abgeschlossen. Wenn später der einzelne Erbbaurechtstitel im Besitz des zum Ankauf nötigen Kapitals ist, steht es ihm frei, das Teilgrundstück der ganzen Fiedlung, das er in Erbbaupacht besitzt, käuflich zu erwerben. Der Plan Nr. 1916, auf dem die erste und zweite Kriegsbeschädigtenfiedlung errichtet ist, gehört der städtischen Fiedlung. Ein Verkauf der einzelnen Grundstücke ist ohne die Genehmigung der städtischen Behörde nicht möglich. Um aber auch den Erbbaurechtstiteln dieses Grundstückes die Möglichkeit zu geben, die Pacht käuflich zu erwerben, hat der Magistrat dem Ansuchen dieses Klages gegen einen nach zu bestimmenden Plan zugestimmt. Es kann sich und soll sich dabei nicht um einen Austausch mit fremden, sondern um einen der Stadt gehörigen Plan handeln. Die nächste Stadtvorordneten-Sitzung am Donnerstag hat sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Sie hat ersucht einmal den Vertagsabnehmern wegen des Erbbaurechts zuzustimmen und zweitens dem Ansuchen des städtischen Bauamtes die Fiedlung gehörigen Grundstücke mit einem nach näher zu bestimmenden städtischen Grundplan zu genehmigen. Es handelt sich dabei um eine Fläche von 2,14 Hektar. Die Stadtvorordneten-Versammlung wird keine Beschlüsse über den Verkauf fassen. —

Die Errichtung und Anbringung von Werbezügen. Der Magistrat hat beschlossen, der sogenannten wilden Reklame mehr als bisher entgegenzutreten. Das soll geschehen durch Anmeldung aller Reklamschilder und durch Regulierung der Anbringe nach besonders Grundrissen für Gestaltung und Anbringung von Werbezügen in den Straßen und Plätzen der Stadt (Anhang 1). Die Anmelder dieser Grundrisspläne sind von den Reglementen ausgenommen. Ihre Durchführung ist nur möglich, wenn das Baubüro der Stadt Wickersleben vom 1. März 1926 einen entsprechenden Bescheid erteilt. Dieser Bescheid kann sich auf den § 11 der Bauordnung und das Gesetz gegen die Vermehrung von Ungeheuern und landwirtschaftlich betriebsförmigen Gegenständen vom 18. Juli 1907 auf. Die Errichtung soll lauten: Die Anbringung von Reklamschildern, Schildern, Plakaten, Aufhängen und anderen Werbezügen jeder Art bedarf der Genehmigung der Bauaufsichtsbehörde. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn die Anbringung den vom Magistrat angeordneten Grundrissen nicht entspricht, oder wenn die Anbringung der Reklame oder der Schilder die öffentliche Ordnung oder den Verkehr, den die Anbringung betriebsförmigen Gegenständen. Die Reklamschilder, Schilder, Aufhängen und anderen Werbezügen sind nur dann anzubringen, wenn sie die öffentliche Ordnung oder den Verkehr, den die Anbringung betriebsförmigen Gegenständen. Die Reklamschilder, Schilder, Aufhängen und anderen Werbezügen sind nur dann anzubringen, wenn sie die öffentliche Ordnung oder den Verkehr, den die Anbringung betriebsförmigen Gegenständen. —

Instandsetzungsarbeiten an der Flußwasserleitung. Das Ortsstatut über die Benutzung der städtischen Flußwasserleitung sieht vor, daß die städtischen Körperschaften den Plan der beschleunigten Ausbesserungen der Flußwasserleitungen nebst dem Nachweise der entstehenden Kosten festzustellen haben. Dabei ist auch zu bestimmen, zu welchem Teile dieser Kosten die Gesamtheit der beteiligten Grundstücksbesitzer nach Maßgabe der ihnen erwachsenden Vorteile höchstens herangezogen werden sollen. Dieser Plan über die Vornahme außerordentlicher Reinigung und die Ausführung hierbei sich herausstellender Instandsetzungsarbeiten sieht vor, für den Stollen „Vordermühle—Steinbrücke“ den Kostenaufwand von schätzungsweise 2400 Mark und für den Stollen „Lütz Arde, Finkenweg, Moltkeplatz“ einen Kostenaufwand von schätzungsweise 3000 Mark. Ob diese mit zusammen rund 5400 Mark veranschlagten Ausbesserungsarbeiten im laufenden Rechnungsjahr oder später ausgeführt werden, steht noch dahin. Der Magistrat hat beschlossen, daß die beteiligten Grundstücksbesitzer mit höchstens 95 v. H. zur Tragung der erwachsenden Kosten herangezogen werden. Die nächste Stadtvorordneten-Sitzung hat sich mit der Sache zu beschäftigen. —

Ein Patronatsbeitrag an die Margaretenkirche hat die Stadtvorordneten-Versammlung wiederholt beschäftigt. Die Baudeputation hat den Antrag erneut geprüft und beschlossen, lediglich zu solchen Einfriedungen im Grundstücken einen Patronatsbeitrag zu gewähren, die offensichtlich seinerzeit mit dem Neubau errichtet worden und die heute völlig baufällig sind. Es kommt also ein Patronatsbeitrag für die Einfriedung des Weges von der Straße nach der Pfarre sowie zur Einfriedung ihres Spielplatzes nicht in Frage. Es verbleibt nur ein Kostenaufwand von 653 Mark, so daß der Patronatsbeitrag (ein Drittel) nur 220 Mark beträgt. Das wird voranschlägliche die nächste Stadtvorordneten-Sitzung beschließen. —

Aus der Ullmert

Frauengruppe. Der am Sonnabend in der Genossenschaft veranstaltete Familienabend erfreute sich eines so regen Besuchs, daß die Ertrahenden in dem großen Saale der Genossenschaft kaum Platz fanden. Der Parteisekretär, Genosse Müller (Stendal), wies in seiner Ansprache auf die Ziele der Arbeiter-Wohlfahrt hin, zu deren Gunsten der Abend stattfand. In dankenswerter Weise hatte sich der Gemischte Chor Frohe Sänger zur Verfügung gestellt und trug durch seine unter Leitung seines Dirigenten Regener gut zum Vortrage beigetragen. Dieser viel zur Verbesserung des Abends bei. Dann folgten Vorträge erster und heiterer Art, eine Verlosung brachte allerhand Überraschungen und durch eine Versteigerung nach amerikanischer Art hob sich die frohe Feststimmung immer mehr. Zum Schluß des Abends wurde noch eifrig das Tanzbein geschwungen. Der Arbeiterwohlfahrt konnte als Ertrag des Abends eine hübsche Summe übermiesen werden. Auch mancher neue Freund für ihre Arbeit wurde gewonnen. —

Gardelegen

Stadtvorordneten-Sitzung am Freitag den 25. Februar. Alle Arbeiter, besonders die erwerbslosen, müssen, soweit sie Zeit haben, erscheinen. —

Zum heutigen Viehmarkt waren 335 Pferde, 257 Ferkel und 5 Schweine aufgetrieben. Die Preise betragen für Ferkel im Alter bis zu 5 Wochen 18 bis 22, von 6 bis 8 Wochen 22 bis 26, von 8 bis 13 Wochen 26 bis 32 Mark, für Schweine von 3 bis 4 Monaten 32 bis 42, von 4 bis 5 Monaten 42 bis 50 Mark. Handel und Umsatz waren mittelmäßig. —

Die Ortsauschuss-Sitzung war gut besucht, die Tagesordnung sehr reichhaltig. Trotzdem konnte sie schnell und reibungslos erledigt werden. Der Kollege Wagner erinnerte an die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Wo keine Betriebsräte bestehen, ist es Pflicht der Arbeiter und der Belegschaften, die Ernennung des Wahlkomitees zu fordern. Auf die bevorstehende Jugendweihe wurde ebenfalls aufmerksam gemacht. Die Eingabe an den Magistrat auf Zuweisung eines geeigneten Raumes für die Jugendweihe verließ der Ablehnung, wie es nicht anders zu erwarten war. Von dem Briefe des Magistrats wurde Kenntnis genommen. Der Kollege Köhler machte hierzu längere Ausführungen und kam zu dem Schluß, daß die Arbeiter ihre Schulklassen zur Jugendweihe schicken und auch aus der Kirche austreten müßten. Die Feier findet am 27. März, vormittags 10 Uhr, in „Stadt-Hamburg“ statt, wo auch die Abendfeier stattfinden soll. Zur Mitarbeiter wurde gleichfalls Stellung genommen. Auf Vorschlag des Kollegen Köhler soll mittags von 11 bis 12 Uhr auf dem Rathausplatz ein Konzert stattfinden. Die Vorbereitung wurde noch bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Ein Vorschlag wurde gemacht, daß Kinder ohne Begleitung der Eltern zur Mitarbeiter in diesem Jahre keinen Zutritt haben. Für die außerordentliche Parteikonferenz, die in Halle stattfinden, wurde der Kollege Köhler als Delegierter gewählt. Der Festsetzung eines Versammlungsraumes wurde zugestimmt. Zu diesem Zweck wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt. —

Stadtfreis Stendal

Die Erarbeiten in der Mathenower Straße gehen ihrer Vollendung entgegen. Es wird in der genannten Straße die Errichtung eines Städtischen Schmutzwasserkanals vorgenommen. Der Veranschlag, der mit 3 Wochen die Arbeiten erledigt wissen wollte, hat sich als falsch erwiesen. Sie nehmen vielmehr 6 Wochen in Anspruch, da Hochbrunnwasser und Frost die Arbeitsausführung verzögern. Das Material, das sonst angewandt wurde, hat sich nicht als brauchbar erwiesen, es mußte darum nach anderem Material gehalten werden. Man verspricht sich von der neuen Anlage mehr. Die Arbeitsstelle zieht viel Beobachter an.

Wie ist das möglich? Auf dem Wochenmarkt am Mittwoch und Sonnabend erscheint ein Fleischer aus Lindstedt, der seine Ware weit unter den sonst üblichen Ladenpreisen abgeben kann und der doch sicherlich ebenfalls erpizungsfähig ist. So verkauft er das Pfund Butter mit 1 bis 1,20 Mark, dieses Fleisch mit 1,10 Mark das Pfund und Knochenfleisch mit 60 Pfennig das Pfund. Heute kostet auf einmal bei einem hiesigen Fleischer in der Halle das Pfund Bratwurst 1 Mark, während sonst für dasselbe Pfund 1,60 Mark bezahlt wurden. Wie ist das möglich? Danach können die Waren also billiger abgegeben werden. —

Sozialistische Arbeiterjugend. Am Donnerstag Zusammenkunft im Heim. Alle müssen kommen. Denkt an die Osterwerbung, bringt Adressen von Konfirmanden mit. —

Reichsbanner Schwarz-rot-Gold

Recherchen. Die Versammlung war gut besucht. Es geht vorwärts! Es wurde beschlossen, nach Klingen ein großes Bezirksfest und Festessen zu veranstalten. Neue Mitglieder wurden wieder aufgenommen. Ein neuer Rechen nach der Form wurde abhand genommen, weil in dieser Zeit zwei andere Veranstaltungen stattfinden. —

Satz. Rührergruppe am Freitag abends 8 Uhr bei Schreder. —

Gebäude. Die Rührergruppe nimmt an der Grundlegung der Landarbeit am 7. Februar teil. Die Kameraden werden ersucht, um 7 Uhr am Rathausplatz anzuersuchen, da vor Abmarsch noch Königshora ein Verbenzung stattfinden. Um einhelliges Erscheinen wird gebeten. —

Pflichterbesuch. Die Verdringung des Kameraden Gustav Dreier findet erst morgen (Donnerstag) nachmittags um 5 Uhr statt. Die Kameraden versammeln sich voraussichtlich um 2 1/2 Uhr am Reichhof möglichst in Uniform. —

Stadtfreis Wickersleben. Alle Kameraden müssen sich an der öffentlichen Versammlung am Donnerstag mit ihren Angehörigen beteiligen. —

Briefkasten

Reichsbanner Schwarz-rot-Gold. Ueber ein reines Zerlegen wie den Reichsbanner können wir nicht berichten. —

Ursachen der Justiz-Vertrauenskrise

Die Reichstagsitzung vom Dienstag wird um 3 Uhr eröffnet. Eine Reihe von Anträgen zur Aufwertung der Frage wird dem Reichsausschuß überwiesen. Das Haus setzt die zweite Beratung des Reichshaushalts fort beim Haushalts für

Verföhrung und Ruhegehalte

Abg. Voigt (Dah. Bp.) behauptet, die Generale hätten eine so lange Dienstzeit hinter sich, daß die Höhe der Pensionen verständlich sei. (Unruhe links und Zurufe.) Die Inzufriedenheit sei in die Reihen der Kriegsbefehlshaber erst durch die Forderungen des Reichsbundes getragen worden. (Lebh. Widerspruch links.)

Ministerialrat Kerschbamer teilt mit, daß die von der Sozialdemokratie verlangte Nachweisung über die während des Krieges beförderten Offiziere in der nächsten Woche vorgelegt werde. Die von den Rechtsparteien gewünschte Denkschrift über die Trophäenfrage werde keine praktische Bedeutung haben.

Die kommunalistischen Änderungsanträge werden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, die Regierung solle bis zur dritten Lesung des Etats eine Novelle zum Versorgungsgegesetz vorlegen und die Mittel für Kriegsbeschädigtenrenten um 150 Millionen erhöhen, geht an den Haushaltsausschuß. Der Versorgungshaushalt wird darauf angenommen.

Es folgt die Beratung des Etats des Reichspräsidenten.

Abg. Hoerle (Komm.) beantragt Streichung des Gehalts des Reichspräsidenten; Der Name Hindenburgs sei verbunden mit der Zeit höchster Schmach, die das deutsche Volk durchgemacht habe. (Stürmische Zurufe bei der Mehrheit.)

Reichsjustizminister Bergt erklärt, daß die Beschimpfungen des Reichspräsidenten nicht an dessen Person heranzutreten, er lege im Namen der Regierung Verwahrung dagegen ein. Der Antrag wird darauf verabschiedet.

Reichshaushalts der Justiz

Ueber die Ausschussverhandlungen berichtet Abg. Potius. Der Ausschuß empfiehlt, folgende Entschlieung anzunehmen: Die Reichsregierung um die Vorlage einer statistischen Uebersicht darüber zu ersuchen, an wie viele Personen und welche Beträge seit dem 1. Januar 1924 als Entschädigungen für ungeschuldig erlittene Haft gezahlt worden sind und wie lange diese Haft bei den einzelnen Personen gedauert hat.

Reichsjustizminister Bergt

berichtet sich mit der Vertrauenskrise, in der sich die deutsche Justiz befindet. Aus seinen Ausführungen dürfte man nicht schließen, daß die Lage in der deutschen Rechtspflege etwa noch schlimmer läge, als sie bisher dargestellt seien. Wir ständen vor einer Entwicklung, die durchaus normal sei, die in der Zeit begründet sei und von der Zeit auch wieder gebilligt werden würde. In einzelnen, vielleicht zahlreichen Fällen habe die richterliche Erledigung Inzufriedenheit erregt. Die Reichsregierung gehe diesen Fällen nach. Das wichtigste, was das Reichsjustizministerium zur

Beitragung der Vertrauenskrise

um könne, sei seine stille Arbeit. Man solle diese einzelnen Fälle aber auch nicht überschätzen. Wo leidenschaftliche Heße und Ueberzeugung festzustellen sei, müsse das Justizministerium sich der Richter annehmen. Vor allem müsse die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Richter gewahrt werden, das sei in einem demokratischen Verfassungsstaat besonders notwendig. Die deutsche Republik müsse doch stark genug sein, um die Unabhängigkeit der Richter zu tragen, und die Regierung werde sie mit allen Mitteln schützen. (Wabul rechts.)

Bei den Begnadigungsfällen

müsse vor allem gefragt werden, ob ihre Erledigung mit der Rechtsordnung in Einklang stehe. In den noch nicht erledigten Fällen sei die Möglichkeit von Straferlassen bereits in Aussicht genommen worden. Nach Mitteilung des Reichsgerichts seien dort innerhalb eines Jahres 723 Fälle gegen Mitglieder der kommunistischen Partei anhängig gemacht worden, aber nur in 44 Fällen sei Anklage wegen Hochverrats erhoben, alle andern seien durch Einstellung des Verfahrens ufm. erledigt worden. Wenn der „Vorwärts“ mitteilt, daß jetzt ein Kommunist wegen Beleidigung des Reichskanzlers zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, während ein Völkerverweiger wegen Beleidigung des Reichskanzlers freigesprochen worden sei, so könne man doch daraus auch entnehmen, daß jetzt

schon ein anderer Geist bei den deutschen Richtern herrsche. (Stürmischer Widerspruch links.) Die Beschäftigung der Presse mit der Rechtspflege sei gut und notwendig, aber leider habe die Sensationsberichterstattung in der Presse zugenommen. (Zuruf links: „Lafanzenger!“)

In vielen kritisierten Fällen sei das Recht, die Gesetzgebung selbst schuld, die nicht behubar genug sei. Eine besondere Aufgabe der kommenden Strafrechtsreform sei es, die Gesetzgebung den veränderten Zeitverhältnissen anzupassen, und dabei muß an den Zusammenhang mit den deutschen Brüdern in Oesterreich gedacht werden. (Wabul rechts.)

Abg. Dr. Levi (Soz.)

hebt hervor, es sei zum erstenmal von einem Reichsjustizminister festgestellt worden, daß die Rechtspflege sich in der Entwicklung befinde, daß es Zeit brauche, bis sie zu normalen Verhältnissen zurückgekehrt sei. Er hat weiter anerkannt, daß eine ganze Anzahl von Fällen keine befriedigende Lösung gefunden haben, daß eine Kritik der Justiz erwünscht sei und eine Vertrauenskrise der Justiz besteht. Ich konstatiere, daß das bestehende Mißtrauen gegen die Justiz

sich bis in die Reichskreise hinein erstreckt. Das geht schon daraus hervor, daß die Mehrheit dieses Hauses eine so große Materie wie die Arbeitsgerichtsweisen darstellt, dem ordentlichen Gerichtsverfahren entzogen hat.

Zahrelang ist das Argument gebraucht worden, es handle sich bei dem Mißtrauen gegen die Justiz nur um Einzelfälle, aber die Tatsache der Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes widerlegt dieses Argument.

Der Minister ist mit allen seinen Ausführungen an den entscheidenden Tatsachen vorbeigegangen. Besonders bezeichnend ist es, wie er vom Anwaltsstand gesprochen hat. Er hat gesagt, daß der Anwalt „auch ein Organ der Rechtspflege“ sei. Bei dem Reichsgericht merkt man noch nichts davon, daß die Anwälte als gleichberechtigtes Organ anerkannt werden, dort werden sie eben „auch“ nur als Organ der Rechtspflege behandelt. Keinem Anwalt ist es gestattet, ohne Zeugen den Angeklagten zu sprechen. Dort wird die Praxis geübt, daß ein Justizwachmeister oder ein anderer Beamter neben dem Anwalt sitzt und Notizen über dessen Gespräch mit dem Angeklagten macht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Unwürdig ist es auch, daß ein Anwalt mit Polizeigewalt aus dem Sitzungssaal entfernt wird.

Es ist ohne weiteres zugegeben, daß auf dem Gebiet der Landesjustiz eine gewisse Besserung eingetreten ist. Es besteht aber noch in weiten Kreisen des Richterstandes das Uebel, daß eine gewisse Ueberschreitung der richterlichen Befugnisse eintritt. Bei Eröffnungsreden werden Begründungen beigegeben, die eine moralische Verurteilung des Angeklagten

in sich schließen.

Der Redner erkennt an, daß im Falle Haas die preussische Justiz für Abhilfe gesorgt hat, und daß auch in andern Ländern, wie z. B. in Hamburg, alles geschehe, um das Mißtrauen gegen die Justiz zu beseitigen. Nur bei einem Gericht, und zwar bei dem Gericht, das unmittelbar der Reichsjustizverwaltung untersteht, haben sich die Dinge seit dem vorigen Jahre um nichts geändert, sie haben sich sogar noch verschlechtert. An die Verurteilung des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons sind besondere Hoffnungen geknüpft worden. Leider ist das nicht der Fall, daß ein Mann, der in ein Amt berufen wird, dort ein andres Bekenntnis abgelegt hat, als er es vorher hatte. Dr. Simons hat in seiner Münchner Rede den Sozialdemokraten die Qualifikation zum Richter abgeprochen. (Zuruf rechts: Er hat das widerrufen!) Nach den Berichten vieler großer Zeitungen kann an dieser Rede kein Zweifel bestehen, Zweifel sind höchstens an dem Dementi gestattet.

Mit dem Senatpräsidenten Niedner vom Reichsgericht haben wir uns bisher bei jeder Debatte beschäftigt. Die Denkschrift, die kürzlich in einer Zeitschrift veröffentlicht worden ist, bedeutet für diesen Mann eine moralische Ohrfeige. Ein großer Teil dieses Hauses hat deshalb für die

Aufhebung des Staatsgerichtshofs

gestimmt, weil dessen Praxis das deutsche Rechtsansehen geschädigt hat.

Durch die Schuld des Reichsgerichtspräsidenten ist dann der ganze Komplex, den früher der Staatsgerichtshof bearbeitet hatte, dem Senat des Herrn Niedner übergeben worden, und dort sitzen jetzt die gleichen Leute, die früher diese Dinge abgeurteilt haben. Es handelt sich dabei vor allem um die Frage des Landesberrats. Die Auslegung, die der Hochverratsparagraf des

Strafgesetzbuchs gefunden hat, hat uns jetzt Veranlassung gegeben, einen Antrag zu stellen, der die Regelung der kommenden Strafrechtsreform vorwegnimmt. Der d. Senat scheint vor einer völligen Unkenntnis seiner Aufgabe zu stehen. Die Form der Kriegführung hat sich völlig gewandelt, daher ist auch der

Begriff des Landesberrats anders geworden.

An dem heutigen Kriege nimmt die ganze Bevölkerung und die ganze Wirtschaft teil. Den Krieg führen heute nicht die Soldaten, sondern das Volk und die Wirtschaft. Das heißt also, daß es militärische Dinge, die geheimzuhalten wären, gar nicht mehr gibt. Das Reichsgericht aber stürzt sich auf die Gutachten, die ihm die Militärs von der Reichswehr erstatten.

Diese Militärs sehen nichts andres, als was in ihrem engen Umkreis geschieht und was in ihren eignen Akten steht. Sie geben Gutachten ab so, wie sie sich die Welt vorstellen, und nicht wie die Welt wirklich ist. Die Militärs aus dem Reichswehrministerium beweisen vielfach eine geradezu horriore Neffortmähigkeit. Ihre Gutachten enthüllen zum Teil ihre eigne Schande. Allgemein staatliche und politische Interessen werden hier leider von keinem Oberrechtsanwalt gegenüber den Militärs vertreten.

Der Minister hat gesagt, wir sollten keine „offen Kamellen“ vorbringen. Ich muß aber auch heute wiederum den Fall Pulverjahn erwähnen, und ich werde ihn so lange vorbringen, bis dieser Fall erledigt ist. Ich weiß nicht, ob dieser Mann schuldig ist oder nicht. Aber ich sage, daß das auch das Reichsgericht nicht weiß. Auf Grund von Aussagen von Zeugen, deren Namen man nicht kennt, die ihm nie mitgeteilt worden sind, hat man diesen Mann

zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

(Hört, hört! links.) Und daß man dieses Urteil nach einer solchen Prozedur fällen konnte, daß man dem Manne nicht die Möglichkeit gegeben hat, dem Zeugen Auge in Auge gegenübergestellt zu werden, das ist das, was uns dabei nicht ruhen läßt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Früher ist bei Hochverratsunternehmungen die präzise konfretisierte Darstellung verlangt worden. Diese Voraussetzung fällt jetzt bei den Prozeduren, die gegen Kommunisten beantragt werden, fort. Ueber die Feststellung konkreter Tatsachen kommt das Reichsgericht hinweg mit einem Formular. In jedem Urteil sieht der Satz, die kommunistische Partei, das sei gerichtlich bekannt, bereite den Bürgerkrieg mit allen Mitteln vor. Wann hat sich das Reichsgericht dieses Urteil über die K. P. D. gebildet? (Abg. Rosenbergr, Komm.) ruf: Im Frühjahr 1924!

Vielleicht konnte damals noch das Reichsgericht zu diesem Urteil kommen. Aber das müßte doch auch ein Senat des Reichsgerichts heute wissen, daß sich die tatsächlichen Verhältnisse seit 1923 in der

Kommunistischen Partei gewaltig geändert

haben. Es ist doch eine Tatsache, daß die K. P. D. sich in einer schweren Krise befindet, daß sie viele Mitglieder ausschließen mußte wegen der verschiedenartigen Beurteilung gerade der Vorgänge im Jahre 1923. Es kann sein, daß die K. P. D. theoretisch noch dieselben Gedanken hat wie 1923. Auf Grund völlig unhaltbarer Voraussetzungen kommt das Reichsgericht zu Feststellungen, die für das normale Rechtsgefühl untragbar sind. Ein kommunistischer Funktionär, der für seine Partei wirkt, wird wegen der Teilnahme an einem hochverräterischen Unternehmen verurteilt. Ich ermahne jetzt nur noch das eine, daß ein Kommunist ins Zuchthaus kommt, wenn er Kinder erzeugt in dem Gedanken, der roten Armee neue Soldaten zuzuführen.

Auch die Spruchpraxis des

Reichsgerichts gegen die Presse

fordert zu jäherer Kritik heraus. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Presse in Fragen der Justiz wachsende Bedeutung gewinnt. Ich freue mich darüber, daß die Presse ihre Aufgabe in dieser Richtung immer mehr erkennt. Die kritische Mitarbeit der Presse an der Rechtspflege bedeutet das Entstehen einer neuen Instanz, in vielen Fällen ist es nur auf dem Wege über die Presse möglich, Besserungen zu erzielen. Ich erinnere an die Fälle Scheuchbach, Wandl, Haas, wo durch die Presse Unrecht aufgemacht oder Unheil verhütet worden ist. Aber es scheint, als ob die Justiz die Presse als höchste Instanz nicht anerkennen will, als ob vielen Richtern die Mitarbeit der Presse höchst unangenehm ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Sozialdemokratie hat sich nun beantragt gesehen, einen Antrag auf

Wiederherstellung der Schwurgerichte

in ihrer alten Form einzubringen. Wir wissen, daß auch die alten Schwurgerichte manches Urteil gefällt haben, das falsch war.

Abenteuer in Florenz

Roman von Lawrence-O. Desberty.

Geizig berechnete Uebertragung aus dem Amerikanischen von Germynia zur Mühlen.

Zeichnungen von Rudolf Bethge.

(22. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Inzwischen erlebte Tommy eine große Ueberraschung. Er lag gerade beim Frühstück in seinem Zimmer und überdachte die aufregenden Erlebnisse der letzten Tage, als der Kellner einztrat und meldete, eine Dame wünsche ihn zu sprechen.

Eine Dame? Tommy dachte sofort an Maria, zupfte sich hastig vor dem Spiegel die Strammheit zurecht, fuhr mit dem Kamme durch das zerzauste Haar und strich die Brotkrumen von der Hohe. Er hatte Maria seit jener ereignisreichen Nacht in San Domenico nicht wiedergesehen; Zermetta hatte ihm empfohlen, nicht nach San Domenico zu kommen, der Italiener fürchtete für die Sicherheit des jungen englischen Genossen, traute dessen Selbstbeherrschung nicht. Tommy wartete daher ungeduldig auf ein Lebenszeichen von seinen neuen Freunden.

Die Tür öffnete sich, eine schlanke, elegant gekleidete Frauengestalt stand im Rahmen.

Tommy starrte sie einen Augenblick verwirrt an, rief dann blölig verblüfft: „Diana!“

Diana Desford kam hastig auf ihn zu.

„Wo ist Brian?“ fragte sie aufgeregt. „Lebt er?“

„Brian?“

Im ersten Moment begriff Tommy die Frage nicht, dann aber fiel ihm ein, daß er ja am Abend nach O'Keefes Verschwunden seine Sorgen und Bengie Dina Desford in einem Brief anvertraut hatte. Und nun erfuhr er davon, daß er der Schauspielerin O'Keefes Rückkehr nicht mitgeteilt hatte.

„Ja, Brian“, rief Diana ungeduldig. „Du schreibst mir, er sei beschwunden. So sprich doch, Tommy, ich bin ja halb verrückt vor Angst, lebt er?“

Tommy beruhigte sie, berichtete, daß Brian gesund wiedergekehrt sei. Mit einem Seufzer der Erleichterung sank Diana in einen Rehrstuhl.

„Gott sei Dank. Ich hatte mir schon die schrecklichsten Dinge vorgestellt. Es gelang mir mit dieser Mühe, aus meinem Direktor fünf Tage Urlaub herauszupressen. Ich reiste die ganze Nacht. Giebt es in London nicht aus, magte auch nicht, dir zu telegraphieren.“

„Verzeih, Diana“, hat Tommy beschämt. „Ich hätte dir schreiben müssen. Aber inzwischen hat sich so viel ereignet.“

„Was?“

Tommy erzählte seine Erlebnisse und Diana lauschte ge-

spannt. Ueber Tommys nächstliches Abenteuer mit Maria lachte sie herzlich, meinte aber dann, erwieber verendend:

„Bist Du überzeugt, daß der Deutsche Dich nicht verdächtigt?“

„Du bist kein Zimmernachbar und...“

„Er denkt nicht daran“, unterbrach sie Tommy lachend.

„Glaubt doch, daß ich jene Nacht...“ Er stockte. Dann aber fiel ihm etwas ein.

„Diana, Du darfst nicht bei mir gesehen werden. Die verschiedensten illustrierten Zeitungen haben Dein Bild gedruckt; es ist allgemein bekannt, daß Du der Labour-Party angehörst. Herr James Cartwright kann unmöglich mit Dir befreundet sein.“

Diana nickte.

„Daran dachte auch ich, deshalb band ich ja auch einen dichten Schleier vor. Außerdem ist es erst neun Uhr; da ist die Hotelhalle leer und der Portier dürfte mich kaum erkennen.“

„Der Portier“, sprach Tommy, „ist ungeschäftlich. Der gehört zu uns. Von ihm erfährst Maria, daß ich neben dem Deutschen wohne. Aber wenn Seidungen Dich läse...“

„Ich gehe jetzt gleich wieder; will auch mit dem Abendzug abreisen; bin nun völlig beruhigt. Aber eine Tasse Tee möchtest Du mir doch geben; ich bin hungrig nach der langen Fahrt.“

„Freilich.“

Diana setzte sich an den Tisch und begann mit gutem Appetit zu frühstücken. Dabei erzählte sie von ihrer Reise.

„Denke Dir“, berichtete sie, „ich reise auf einen Raß für zwei Personen.“

„Wie?“

„Ich wollte Mary, mein Mädchen, mitnehmen; sie wünschte sich so sehr, Italien zu sehen, ließ auch ihren Namen auf meinen Raß eintragen. Eine halbe Stunde vor der Abfahrt jedoch erhielt sie die Nachricht, daß ihre Mutter schwer erkrankt sei. So mußte ich allein reisen.“

Tommy runzelte die Stirn; ihm war ein plötzlicher Gedanke gekommen.

„Du könntest also von hier ohne Schwierigkeiten eine Frau mitnehmen?“

„Ja; weshalb?“

„Zermetta möchte so gern Giulia in Sicherheit bringen. Sie erwartet ein Kind, und man weiß doch nie, was die Teufel verhaben.“

Diana bestand sofort.

„Und ich soll sie als Jose nach England bringen? Ja, selbstverständlich geht das. Aber wie sehe ich mich mit dem Genossen in Verbindung?“

Tommy überlegte.

„Zermetta hat mir zwar verboten, nach San Domenico zu kommen, doch ist dies ein Ausnahmefall. Fahre Du jetzt

gleich mit dem Auto hin; ich komme mit der Straßenbahn nach.

Wir treffen uns dort.“

„Gut.“

Diana stand auf, band von neuem den Schleier um.

Es pochte; Tommy eilte vor, und Diana drehte mit rascher Bewegung der Tür den Rücken. Tommy drückte sie zur Hälfte; vor ihm stand Graf Seidungen.

„Kann ich herein?“

„Ja...“ stammelte Tommy. „Ich bin nicht allein... eine Dame.“

Der Deutsche warf einen neugierigen Blick durch den Türspalt; dann küsterte er, während er sich lauwarm zurückzog: „Das ist ja schon wieder eine andre! Eine famose Gestalt! Sie haben ein unverkennbares Glied, Cartwright!“

Tommy leuchtete: „Finden Sie? Ich habe mir das immer anders vorgestellt.“

Am Abend reiste Diana Desford in Begleitung ihrer Jose aus Florenz ab. Hinter einem Pfeiler verborgen wartete Tommy, bis sich der Zug in Bewegung setzte. Beim Eingang zum Bahnhof drängte sich ein Mädchen an ihn heran.

„Tommy.“

„Ja.“

Tommy verzog keine Miene, er hatte unter den Leuten, die auf dem Bahnhofspalaz herumlungerten, Sie erkannt.

„Morgen schide ich um meine Kleider.“

„Gut.“

„Und nochmals vielen Dank.“

Maria verschwand in der Menge.

Tommy streckte voran; dem Hotel zu; heute hatten sie gute Arbeit geleistet: Giulia Zermetta war in Sicherheit; Diana würde sie bei sich behalten, sie pflegen, alles für die arme Frau tun, was in ihrer Macht stand. Und Zermetta selbst konnte sich nun viel leichter bewegen, da er auf die schonungsbedürftige Frau keine Rücksicht mehr nehmen mußte. Hatte doch auch Maria seinen Willen gefolgt und wäre mit nach England gefahren; irgendwie hätte sich das schon machen lassen. Aber das Mädchen hatte zuerst gelacht und war dann zornig geworden: „Glauben Sie denn, ich ließe die Meinen im Stiche?“ hatte sie empört gefragt. „In einer Lage wie der unsern zählt jeder Kämpfer doppelt.“

Tommy hatte sich fügen müssen.

Nachdem sich schritt er weiter; in fünf Tagen war die große Konferenz; sie hatte beschoben werden müssen, weil der ungarische Abgeordnete nicht früher kommen konnte. Nachher aber mußte er heimfahren, denn auch O'Keefe würde wohl gleich nach der Konferenz Florenz verlassen. Wird er Maria je wiedersehen? (Fortsetzung folgt.)

